


H A L T U N G  
JUNGE ISLAM KONFERENZ  
H E R F U N Z T  
S T A T I K



Hintergrundinformationen zur Jungen Islam Konferenz in  
Nordrhein-Westfalen, zum Projekt Junge Islam Konferenz  
und zu den Konferenzthemen

*Alle Menschen sind*

**#FREI** *und* **#GLEICH**

*an Würde und Rechten geboren.*

*Sie sind mit Vernunft und Gewissen  
begabt und sollen einander im  
Geiste der Brüderlichkeit begegnen.*



**Art. 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte**

## **DU BIST GEFRAGT!**

Die Konferenz liegt vor uns, und wir freuen uns auf zwei spannende und konstruktive Wochenenden mit Dir! Die Themen gesellschaftliche Vielfalt, Vorurteile, Diskriminierung, antimuslimischer Rassismus, Teilhabechancen und Zugehörigkeit werden uns im Rahmen von Workshops, in intensiven Diskussionen und in der Gruppenarbeit, aber auch bei den zahlreichen Gesprächen jenseits der Konferenz beschäftigen. Dabei ist der Dialog auf Augenhöhe ganz zentral, damit dieser Austausch funktionieren kann.



Als Teil einer neuen, jungen Generation hast Du wahrscheinlich andere Erfahrungen als die Generation Deiner Eltern – vor allem was das Zusammenleben in einer pluralen Gesellschaft betrifft. Daher ist Deine Perspektive und die Deiner Teilnehmer\*innen so elementar, wenn es um die Frage geht, was getan werden kann und muss, um Chancengleichheit und Teilhabe in unserer vielfältigen Gesellschaft für alle zu erreichen. Gerade im Hinblick auf die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen, die zeigen, dass antimuslimischer Rassismus keinesfalls mehr „nur“ ein Randphänomen ist. Hier hast Du die Möglichkeit, zusammen mit anderen Engagierten, Ideen für eine zukunftsfähige Gesellschaft zu entwickeln und gemeinsam aktiv zu werden.

Wir werden zuhören und Deine brennenden Fragen zum Gegenstand machen: Es ist auch DEINE Konferenz und DU bist gefragt! Wir freuen uns darauf, Dich bei diesen Prozessen unterstützen und begleiten zu dürfen. Ich wünsche Dir eine tolle Konferenz!

**MUNISE OĞUZAY**, Projektkoordinatorin, Junge Islam Konferenz – Nordrhein-Westfalen

## **GEMEINSAM WEITERMACHEN**

Die JIK ist mehr als eine einmalige Konferenz. Sie ist ein bundesweites Netzwerk aller ehemaligen und weiterhin engagierten JIK-Teilnehmer\*innen. Ob bei regionalen Netzwerktreffen oder bundesweiten Sommercamps, ob bei Kampagnenaktionen oder regelmäßig tagenden Themengruppen – das Netzwerk bietet Dir viele Möglichkeiten Dich mit Gleichgesinnten zu verbinden und auszutauschen, gemeinsam zu diskutieren und voneinander zu lernen. Du kannst Deine Ideen einbringen, weiterentwickeln und gemeinsam mit anderen viele kreative Aktionen für eine zukunftsfähige, vielfältige Gesellschaft umsetzen – auch nach der Konferenz.



Das JIK-Team bietet Dir mit dem Netzwerk eine Plattform und unterstützt Dich beim Vernetzen und Organisieren – getragen wird das Netzwerk aber von seinen Mitgliedern, von ihrer Eigeninitiative und ihrem Ideenreichtum. Sei Teil dieser vielfältigen, dynamischen und kreativen Community! Wie? Melde Dich bei Deinem/r Länderkoordinator\*in, nimm an den regional oder bundesweit organisierten Angeboten teil, gestalte sie mit und bringe Deine Ideen ein! Wir freuen uns auf Dich.

**JESSICA BAJINSKI**, Netzwerkoordinatorin, Junge Islam Konferenz – Deutschland

---

## 1 NEUES DEUTSCHLAND: GANZ SCHÖN BUNT 6

---

NEUES DEUTSCHLAND: GANZ SCHÖN BUNT 8

---

DIE JUNGE ISLAM KONFERENZ:  
VERNETZEN, AUSTAUSCHEN, HANDELN 10

---

DIE LÄNDERKONFERENZ: DAS PASSIERT 11

---

## 2 MUSLIME IN DEUTSCHLAND 12

---

MUSLIME IN DEUTSCHLAND 14

---

REGIONALE VERTEILUNG 16

---

MUSLIME IN DEUTSCHLAND: VON DEN ANFÄNGEN BIS HEUTE 17

---

WAS IST DER ISLAM? EIN PAAR ANTWORTEN IM ÜBERBLICK 20

---

WELCHE MUSLIMISCHEN ORGANISATIONEN  
IN DEUTSCHLAND GIBT ES? 22

---

ISLAMISCHE VERBÄNDE IN DEUTSCHLAND 22

---

ANERKENNUNG ALS RELIGIONSGEMEINSCHAFT  
UND RECHTLICHER STATUS 24

---

DIE DEUTSCHE ISLAM KONFERENZ 25

---

## 3 VORURTEILE UND RASSISMUS 26

---

RASSISMUS UND GRUPPENBEZOGENE  
MENSCHENFEINDLICHKEIT 28

---

EINSTELLUNGEN GEGENÜBER MUSLIMEN IN DEUTSCHLAND 29

---

ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS 30

---

RASSISTISCHE GEWALT IN DEUTSCHLAND 31

---

DIE 1990ER-JAHRE 31

---

RASSISMUS IM ZUGE DER „FLÜCHTLINGSKRISE“ 33

---

NATIONALSOZIALISTISCHER UNTERGRUND (NSU) 34

---

MARWA EL-SHERBINI 35

<b>4 DIE „NEUE RECHTE“. POLITISCHELANDSCHAFTEN IM UMBRUCH</b>	<b>36</b>
<b>VOM GESELLSCHAFTLICHEN RECHTSRUCK</b>	<b>38</b>
<b>PEGIDA – PATRIOTISCHE EUROPÄER GEGEN DIE ISLAMISIERUNG DES ABENDLANDES</b>	<b>38</b>
<b>AFD – DIE ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND</b>	<b>40</b>
<b>KONFLIKTLINIEN IN DEUTSCHLAND AM BEISPIEL VON MOSCHEEBAUTEN UND ISLAMISCHEM KOPFTUCH</b>	<b>42</b>

<b>5 DIE JUNGE ISLAM KONFERENZ IN NORDRHEIN-WESTFALEN</b>	<b>44</b>
<b>MUSLIME IN NRW: ZAHLEN, DATEN, FAKTEN</b>	<b>46</b>
<b>NORDRHEIN-WESTFALEN: ZAHLEN UND FAKTEN</b>	<b>48</b>
<b>MUSLIME IN NRW: ORGANISATIONSFORMEN UND VERBÄNDE</b>	<b>49</b>
<b>MUSLIMISCHE JUGENDARBEIT</b>	<b>52</b>
<b>MUSLIME AN HOCHSCHULEN</b>	<b>53</b>
<b>MUSLIMISCHE FRAUENORGANISATIONEN</b>	<b>53</b>
<b>GLEICHBERECHTIGTE GLAUBENS AUSÜBUNG</b>	<b>54</b>
<b>ANTIMUSLIMISCHE EINSTELLUNGEN IN DER GESELLSCHAFT</b>	<b>56</b>
<b>MANAGEMENT DER VIELFALT: INTEGRATIONSSTRUKTUREN IN NRW</b>	<b>57</b>
<b>BEGLEITGREMIEN DER JIK NRW</b>	<b>59</b>

<b>6 GUT ZU WISSEN</b>	<b>61</b>
<b>ABKÜRZUNGEN</b>	<b>62</b>
<b>QUELENNACHWEISE</b>	<b>64</b>
<b>WEITERFÜHRENDES MATERIAL &amp; LINKS</b>	<b>69</b>
<b>LITERATURTIPPS</b>	<b>71</b>
<b>IMPRESSUM</b>	<b>72</b>

## DIE PROJEKTPARTNER

### **FORUM K&B GMBH – GESTALTET KULTUR UND BILDUNG**

Ziel der gemeinnützigen forum k&b ist es, die kulturelle Teilhabe von jungen Menschen in Deutschland zu steigern. Wir ermöglichen mehr Kindern und Jugendlichen die Aneignung von Kunst und öffnen ihnen Erfahrungsräume in Kunst und Kultur. Unsere Kompetenz liegt im Managen von komplexen, bundesweiten Netzwerkprojekten an der Schnittstelle von Kultur und Bildung. Mit unseren bundesweiten Projekten „Kulturagenten für kreative Schulen“, „Kreativpotentiale im Dialog“ und „Kunstabore“ fördern wir eine Lehr- und Lernkultur an Schulen im Sinne einer nachhaltigen kulturellen Bildungspraxis. Chancengleiche Bildungszugänge und Wertschätzung kultureller Vielfalt sind für uns zentrale Elemente kultureller Bildung. Die gemeinnützige forum k&b gmbh ist eine Partnergesellschaft der Stiftung Mercator.

➔ [WWW.FORUM-KB.ORG](http://WWW.FORUM-KB.ORG)

### **MINISTERIUM FÜR ARBEIT, INTEGRATION UND SOZIALES**

Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales (MAIS) hat die Aufgabe, die Lebensbedingungen der Menschen in NRW mitzugestalten. Durch Impulse für gesellschaftliche Veränderungsprozesse, Mitwirkung an rechtlichen Rahmenbedingungen und die Entwicklung und Umsetzung von Programmen leistet es einen Beitrag dazu, dass sich Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und Religion in NRW zu Hause fühlen können. Ein zentrales Anliegen ist die gesellschaftliche Teilhabe von Muslimen und der Dialog auf Augenhöhe. Der „Dialog mit dem Islam“ hat viele Facetten, wie zum Beispiel die Zusammenarbeit mit muslimischen Verbänden im „dialog forum islam“ und die Förderung von Muslimen durch Programme und Projekte.

➔ [WWW.MAIS.NRW](http://WWW.MAIS.NRW)

Ministerium für Arbeit,  
Integration und Soziales  
des Landes Nordrhein-Westfalen



### **AKTION GEMEINWESEN UND BERATUNG**

Die im Jahr 1981 gegründete Aktion Gemeinwesen und Beratung e.V. (AGB) ist anerkannter freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe und Gemeinwesenarbeit im Düsseldorfer Stadtteil Bilk und zudem Mitglied im Paritätischen (DPWV). Zu den Förderern gehören: die Stadt Düsseldorf, das Land Nordrhein-Westfalen (diverse Ministerien), Aktion Mensch, Bundeszentrale für politische Bildung und Stiftungen (u. a. Stiftung Mercator, Chrisoph-Metzelder-Stiftung). Die AGB ist aktiv in lokale und überregionale Netzwerke eingebunden. Mit der „Jungen Islam Konferenz NRW“ und „Dialog macht Schule“ erreicht die AGB junge Menschen in der außerschulischen Bildungsarbeit.

➔ [WWW.DIE-AGB.COM](http://WWW.DIE-AGB.COM)



## STIFTUNG MERCATOR

Die Stiftung Mercator ist eine private, unabhängige Stiftung. Sie strebt mit ihrer Arbeit eine Gesellschaft an, die sich durch Weltoffenheit, Solidarität und Chancengleichheit auszeichnet. Dabei konzentriert sie sich darauf, Europa zu stärken, den Bildungserfolg benachteiligter Kinder und Jugendlicher, insbesondere mit Migrationshintergrund, zu erhöhen, Qualität und Wirkung kultureller Bildung zu verbessern, Klimaschutz voranzutreiben und Wissenschaft zu fördern. Die Stiftung Mercator steht für die Verbindung von wissenschaftlicher Expertise und praktischer Projekterfahrung. Als eine führende Stiftung in Deutschland ist sie national wie international tätig. Dem Ruhrgebiet, der Heimat der Stifterfamilie und dem Sitz der Stiftung, fühlt sie sich besonders verpflichtet.

➔ [WWW.STIFTUNG-MERCATOR.DE](http://WWW.STIFTUNG-MERCATOR.DE)

## HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Die 1810 gegründete Humboldt-Universität zu Berlin (HU) ist eine der führenden deutschen Forschungseinrichtungen mit Weltruf und gehört seit Juni 2012 zu den elf Exzellenzuniversitäten Deutschlands: Ihre elf Fakultäten umfassen die klassischen Geistes- und Kulturwissenschaften, die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, die Naturwissenschaften und die Humanmedizin. Die HU Berlin zeichnet sich durch Weltoffenheit und Reformfreude aus. Mit mehr als 400 Professorinnen und Professoren und 31.000 Studierenden ist die HU führend in der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und steht für Innovation in Studium und Lehre.

➔ [WWW.HU-BERLIN.DE](http://WWW.HU-BERLIN.DE)

STIFTUNG  
MERCATOR



Die Junge Islam Konferenz – Nordrhein-Westfalen ist ein Projekt des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, des Projektträgers Aktion Gemeinwesen und Beratung, der forum k&b gmbh und der Humboldt-Universität zu Berlin, gefördert durch die Stiftung Mercator.

# NEUES DEUTSCHLAND:

2014 hatten 16,4 Millionen der insgesamt 80,9 Millionen Einwohner\*innen in Deutschland einen Migrationshintergrund – in der Gruppe der 15–20-Jährigen waren es 27,7 Prozent.

QUELLE: Statistisches Bundesamt



# GANZ SCHÖN BUNT



# 2015

sind mehr als eine Million Menschen als Geflüchtete nach Deutschland gekommen. Die gesellschaftliche Vielfalt nimmt zu, und mehr denn je sind Vielfalt und Einwanderung Gegenstand vieler politischer Debatten. Bereits im Jahr 2014 hatten 16,4 Millionen der insgesamt 80,9 Millionen Einwohner\*innen in Deutschland einen Migrationshintergrund – mit steigender Tendenz.

Während Migration längst zum Alltag der deutschen Gesellschaft geworden ist, hat die Politik lange gebraucht, um anzuerkennen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Einwanderung und Migration sind gegenwärtig ein politisches Konfliktfeld. Doch das Gesamtbild der Migration wird in den öffentlichen Debatten laut Migrationsforscher\*innen selten wahrgenommen und Migration vielmehr als Problemthema verstanden. So wird beispielsweise nicht über das große Ganze gesprochen, sondern nur über einzelne Phänomene wie „die“ muslimischen Männer aus Syrien oder Nordafrika, sagt der Migrationsforscher Jochen Oltmer.<sup>1</sup>

Die Frage, welche Einstellungen die Menschen in Deutschland gegenüber Einwanderer\*innen und Minderheiten haben, war in den letzten Jahren Gegenstand zahlreicher Studien. Die Ergebnisse zeigen, dass die Bevölkerung bezüglich ihrer Sicht auf das Thema Vielfalt in der Gesellschaft gespalten ist. Dabei sind die kulturelle und die religiöse Vielfalt im Einwanderungsland Deutschland längst Realität. Symptomatisch ist, dass es

bei gesellschaftspolitischen Debatten über Vielfalt meistens um „den Islam“ und „die Muslime“ geht.

- \* Einerseits befürworten knapp 43 Prozent (42,6 Prozent) der Deutschen eine plurale und multiethnische Gesellschaft, knapp ein Drittel (28,2 Prozent) fordern sogar eine stärkere Willkommenskultur in Deutschland.<sup>2</sup>
- \* Andererseits finden über ein Drittel der Deutschen (33,8 Prozent), dass die Bundesrepublik „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ ist. Zudem stimmt die Hälfte (50 Prozent) der Deutschen der Aussage zu, sich „durch die vielen Muslime manchmal fremd im eigenen Land zu fühlen“. Und über 40 Prozent (41,4 Prozent) sprechen sich dafür aus, Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland zu untersagen.<sup>3</sup>

Bei den Umfragen wird eines deutlich: Alter, Geschlecht, Wohnort und Erwerbstätigkeit haben einen großen Einfluss auf die Ablehnungs- und Zustimmungstendenzen der Befragten. Das ist besonders beim Migrationshintergrund zu beobachten. Fast ein Viertel der Befragten ohne Abitur (23,5 Prozent) sind tendenziell ausländerfeindlich eingestellt oder befürworten ausländerfeindliche Positionen. Im Vergleich dazu, stimmen nur rund 9 Prozent der Befragten mit Abitur mit diesen Positionen überein. Die Studien zeigen außerdem, dass

## MIGRATIONSHINTERGRUND

Das Statistische Bundesamt definiert das so: Einen Migrationshintergrund haben alle Menschen, die seit 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugewandert sind, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen, von denen zumindest ein Elternteil selbst zugewandert ist oder in Deutschland als Ausländer geboren wurde. Statistisch ist es schwierig, alle Menschen mit Migrationshintergrund zu erfassen. Eine Person hat also einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Deutschland geboren ist.

QUELLE Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2014.  
Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, 2015.

# Bevölkerung

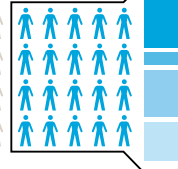
OHNE MIGRATIONSHINTERGRUND

79,7%



MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

20,3%



- 7,3 Ausländer mit eigener Migrationserfahrung
- 1,7 Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung
- 6,2 Deutsche mit eigener Migrationserfahrung
- 5,1 Deutsche ohne eigene Migrationserfahrung

Männer eher anfällig für ausländerfeindliche und politisch rechts einzuordnende Einstellungen sind als Frauen.<sup>4</sup>

Besonders spannend ist eine weitere Beobachtung, die maßgeblich zur Gründung der Jungen Islam Konferenz (JIK) beigetragen hat: Jugendliche in Deutschland (16 bis 25 Jahre alt) stehen Vielfalt insgesamt positiver gegenüber als Ältere. Gerade in Bezug auf Muslime legen sie einen offeneren und demokratischeren Umgang mit Diversität an den Tag als ältere Generationen.

Diese Beobachtung zeigt, dass Vielfalt ein selbstverständlicher Teil des Alltages der jungen deutschen Generation ist und dass gesellschaftliche Vielfalt überwiegend positiv wahrgenommen wird. Repräsentative Untersuchungen zu den Einstellungen von Jugendlichen in Deutschland werden von dem Projektpartner der JIK, der Humboldt-Universität zu Berlin, durchgeführt.<sup>5</sup>

Wie wir mit Vielfalt umgehen und wie wir uns ein Zusammenleben in einer pluralen Gesellschaft vorstellen, das sind die Fragen, die sich unserer Gesellschaft jetzt stellen. Dazu will die JIK einen Beitrag leisten!



LITERATUR 1 Gehrs 2016 2 Zick und Preuß 2016 3 Zick und Preuß 2016

4 Decker, Kiess und Brähler 2016, 34 und 50 5 Foroutan et al. 2015

## **DIE JUNGE ISLAM KONFERENZ: VERNETZEN, AUSTAUSCHEN, HANDELN**

**W**as bedeutet gesellschaftliche Vielfalt? Wer ist eigentlich WIR? Und wer ist deutsch? Was genau ist Diskriminierung, woher kommt sie, und wie sieht Diskriminierung in Deutschland aus? Welche Vision haben wir für die Zukunft unserer Gesellschaft?

Die Junge Islam Konferenz (JIK) beschäftigt sich mit der Frage, was Vielfalt in all ihren Facetten für junge Menschen in Deutschland bedeutet und was wir für ein gleichberechtigtes, positives Zusammenleben tun können. Egal, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, ob religiös oder nicht, ob muslimisch oder nicht – bei der JIK kommen alle gleichermaßen zu Wort. Die JIK ist das erste bundesweite Dialogforum und Multiplikatorennetzwerk, bei dem junge Menschen unterschiedlicher Herkunft miteinander auf Augenhöhe in den Austausch über die Themen Islam, Muslime und Leben in Vielfalt treten.

Dabei ist die JIK mehr als nur eine Konferenz. Sie ist ein aktives Netzwerk aus weit über 350 engagierten jungen Menschen in ganz Deutschland. Gemeinsam setzen sie sich mit anderen für eine gleichberechtigte, offene und plurale Gesellschaft ein. Der gemeinsame Austausch steht bei der JIK im Mittelpunkt.

Es geht darum, Vorurteile abzubauen, Konflikte anzusprechen, Unwissenheit entgegenzuwirken und Vielfalt als Wert zu leben.

In den vergangenen Jahren haben sich die Teilnehmenden der JIK auf vielfältige Weise in den Diskurs um eine offene und plurale Gesellschaft eingebracht: sie trafen Politiker wie Joachim Gauck, sprachen mit politischen Entscheider\*innen und Multiplikator\*innen wie Sylvia Löhrmann (Vize-Präsidentin der Kultusministerkonferenz 2015 und Ministerin für Schule und Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen) und Torsten Albig (Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein), initiierten Kampagnen und veranstalteten Aktionen wie Poetry Slams und Plakatkampagnen.

Die Junge Islam Konferenz – Deutschland (JIK) ist ein Projekt der forum k&b gmbh und der Humboldt-Universität zu Berlin, gefördert durch die Stiftung Mercator. Sie startete 2011 als Pilotprojekt. 2013 fand die erste Länderkonferenz in Berlin statt, 2014 folgte Hamburg als zweites Bundesland und 2016 Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Wissenschaftlich wird die JIK von der Forschungsgruppe JUNITED (Junge Islambezogene Themen in Deutschland) an der Humboldt-Universität zu Berlin begleitet. Die Ergebnisse der Studien von JUNITED fließen in die Arbeit der JIK mit ein.





## DIE LÄNDERKONFERENZ: DAS PASSIERT

**D**as Ziel der Länderkonferenz ist es, alle Teilnehmenden zu empowern, ihnen Wissen zu Islam- und Muslimbildern in Deutschland an die Hand zu geben und sie für Diskriminierung im Alltag sowie gesellschaftliche Vielfalt zu sensibilisieren:

Im **Vorbereitungsseminar** geht es vor allem darum, Daten und Fakten zum Thema gesellschaftliche Vielfalt, Islam und Muslime in Deutschland kennenzulernen. Die Zahlen aus der Wissenschaft sollen helfen, sich im Alltag sowie in gesellschaftspolitischen Diskussionen zu behaupten, und dazu beitragen, Vorurteile durch Wissen abzubauen.

Im **Planspiel** lernen die Teilnehmenden politische und demokratische Aushandlungsprozesse kennen. Sie verkörpern eine fiktive Person aus den Bereichen Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft oder Religion und versuchen, ihre Positionen politisch umzusetzen. Das Planspiel hilft, sich bewusst und reflektiert in Debatten zu positionieren und zu behaupten.

Das **Dialogforum** steht ganz im Zeichen der Vernetzung und des gemeinsamen Austausches. Alle Eindrücke sollen und können hier fundiert besprochen und diskutiert werden. Ideen für Kampagnen, Aktionen oder weiteres Engagement innerhalb und außerhalb der JIK werden im Dialogforum gesammelt, und es wird zudem an ersten Umsetzungen gearbeitet.

—  
**DIE TEILNAHME  
AN EINER KONFERENZ  
LOHNT SICH**  
—

Eine Konferenz bringt nicht nur Spaß und jede Menge neue Erfahrungen – JIKler\*innen werden Teil des bundesweiten Netzwerks von Engagierten.

Alle JIKler\*innen erhalten Zugang zu diesem Netzwerk und können nach Abschluss der Konferenz gemeinsam aktiv bleiben und sich regelmäßig austauschen.

# MUSLIME

Schon seit Hunderten von Jahren leben Muslime auf deutschem Staatsgebiet. Das Deutschland, in dem wir heute leben, ist seit jeher durch Migration geprägt. Nicht erst die sogenannte Gastarbeiterinwanderung nach dem Zweiten Weltkrieg und die Arbeitsmigration brachten Muslime nach Deutschland. Doch wie viele Muslime leben eigentlich in Deutschland? Was bedeutet es, muslimisch zu sein? Und ist es möglich, von dem einen Islam zu sprechen?

# IN DEUTSCHLAND





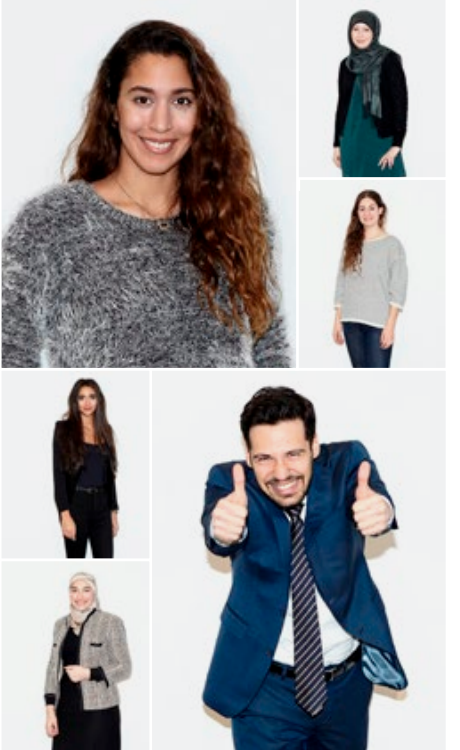
## MUSLIME IN DEUTSCHLAND

**W**ie viele Muslime in Deutschland leben, ist nicht bekannt. Die Religionszugehörigkeit einer Person wird in Deutschland bei der Geburt oder bei der Einwanderung nicht vom Staat erfasst. Dennoch gibt es Zahlen, die in statistischen Erhebungen, Umfragen und Volkszählungen ermittelt wurden und gute Anhaltspunkte bieten. Im Jahr 2009 lieferte die bundesweite repräsentative Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die ersten Zahlen zu Islam und Muslimen in Deutschland.

Demnach lebten 2009 zwischen 3,8 und 4,3 Millionen Muslime im Land, von denen etwa die Hälfte die deutsche Staatsangehörigkeit besaß. Man geht also davon aus, dass der Anteil von Muslimen an der Gesamtbevölkerung ungefähr 5 Prozent beträgt.<sup>1</sup>

Nach wie vor ist es jedoch schwierig zu definieren, wer eigentlich zu der Gruppe der Muslime gehört. Muslimisch-Sein wird in unserer Gesellschaft häufig mit der Herkunft aus einem muslimisch geprägten Land gleichgesetzt. Jedoch muss die Herkunft nicht zwangsläufig etwas über die Religion der Person aussagen. Ein Beispiel: So wie in Deutschland nicht alle Bewohner\*innen Christen sind, sind in der Türkei nicht alle Einwohner\*innen Muslime. In beiden Ländern gibt es andere religiöse Gruppierungen oder auch Konfessionslose.





Für die Studien zu Islam und Muslimen in Deutschland bedeutet dies, dass nicht alle der als Muslime Gezählten auch tatsächlich Muslime sind und noch weniger, dass es sich dabei auch zwangsläufig um praktizierende Gläubige handelt. Auch gibt es bisher keine Möglichkeit, zum Islam konvertierte Personen und deren Nachkommen statistisch zu erfassen. Nichtsdestotrotz liefern die bisherigen Studien wertvolle und wichtige Informationen über die größte religiöse Minderheit in Deutschland.

Ein Begriff, der sehr häufig in Zusammenhang mit Islam und Muslimen in Deutschland genannt wird, lautet „Migrationshintergrund“.

Dieser Begriff, der in den 1990er-Jahren erstmals im öffentlichen Sprachgebrauch verwendet wurde, soll den Blick bei Migration und Integration nicht nur auf die Zugewanderten selbst lenken, sondern auch ihre in Deutschland geborenen Nachkommen einbeziehen.

Heute wird Migrationshintergrund oft synonym mit Muslimisch-Sein verwendet. Diese Verwendung des Begriffes ist jedoch nicht korrekt. Laut dem Mikrozensus 2014 haben heute ungefähr 16,4 Millionen Einwohner\*innen einen Migrationshintergrund, also rund 20 Prozent der deutschen Bevölkerung.<sup>2</sup> Nur etwa ein Viertel der Einwohner\*innen mit Migrationshintergrund gelten als muslimisch.

Während man früher allgemein vom „Ausländer“ und später vom „Türken“ oder „Araber“ sprach, wird heute im Sprachgebrauch und in Berichterstattungen häufig über „Menschen mit Migrationshintergrund“ gesprochen. Dabei wird ihr „Muslimisch-Sein“ häufig mitgedacht. Diese Entwicklung hat sich seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 verstärkt. Seitdem steht die religiöse Identität von Menschen muslimischen Glaubens vermehrt im Vordergrund. Wissenschaftler\*innen sprechen deshalb auch von einer Muslimisierung von Migranten.<sup>3</sup>

Der Begriff „mit Migrationshintergrund“ wird oft kritisiert, da er eine künstliche Trennung zwischen Menschen mit und Menschen ohne Migrationshintergrund herbeiführt. Gerade im Hinblick auf Muslime führt diese Trennung dazu, dass bei vielen Menschen die Wahrnehmung besteht, dass sich Deutsch- und Muslimisch-Sein gegenseitig ausschließen. Dies ist natürlich nicht wahr, denn eine Nationalität zu besitzen und eine Religionszugehörigkeit zu haben, sind zwei unterschiedliche Dinge, die sich gegenseitig gar nicht ausschließen können. Darüber hinaus haben Menschen nicht nur eine einzige Identität, sondern vereinen meist viele verschiedene Identitäten in sich, die sie zu einem Individuum machen.



LITERATUR 1 Haug, Müssig und Stichs 2009 2 Statistisches Bundesamt 2015, 7 3 Spielhaus 2013

## REGIONALE VERTEILUNG

**B**ezüglich ihrer Glaubensausrichtungen sind Muslime in Deutschland eine sehr vielfältige Gruppe. Fast drei Viertel der Muslime in Deutschland sind Sunniten, gefolgt von Aleviten und Schiiten.

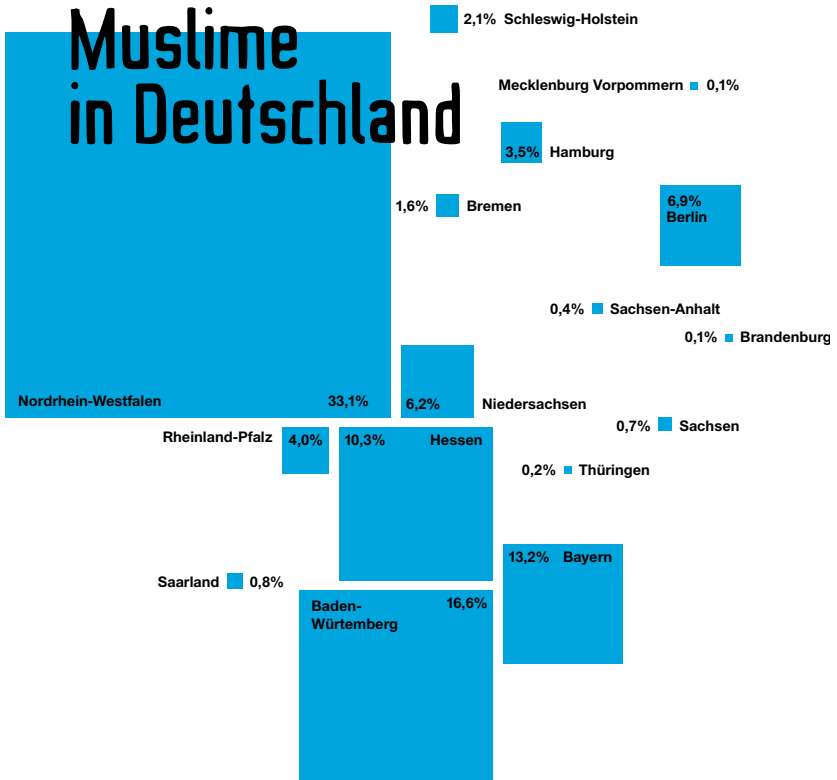
Muslime leben überall in Deutschland. Allerdings gibt es Bundesländer, in denen mehr Muslime wohnen als in anderen. Die meisten sind in Nordrhein-Westfalen beheimatet, dem einwohnerstärksten Bundesland, gefolgt von Baden-Württemberg, Bayern und Hessen. In Ost-Deutschland leben hingegen auffallend wenig Muslime.<sup>1</sup>

Die geografische Verteilung von Muslimen in Deutschland ist eng mit der Geschichte der Einwanderung und Zuwanderung verknüpft und lässt sich gut erklären. Gerade die

Industriestandorte warben in den fünfziger und sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ausländische Arbeitskräfte an, um dem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken und der steigenden Produktion gewachsen zu sein. Dabei kamen den Bergbau- und Stahlregionen, vor allem dem „Ruhrpott“ in Nordrhein-Westfalen, eine besondere Bedeutung zu.

Dass auffallend wenig Muslime in Ost-Deutschland leben, lässt sich durch die deutsche Teilung erklären. Auch die Deutsche Demokratische Republik (DDR) nahm ausländische Arbeitskräfte auf – diese kamen jedoch vorwiegend aus Ostblock-Ländern und anderen sozialistischen Staaten, die nicht muslimisch geprägt waren.

QUELLE Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2011) und Foroutan, Naika. „Muslimbilder in Deutschland: Wahrnehmungen und Ausgrenzungen in der Integrationsdebatte. Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschaftss- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.“ WISO-Diskurs, Bonn, 2012, S. 27.



**Häufig wird davon ausgegangen, dass Muslime erst durch die sogenannte Gastarbeitereinwanderung nach dem Zweiten Weltkrieg und die Arbeitsmigration Deutschland erreichten. Dies ist jedoch nicht der Fall, wie ein kurzer Blick in die Geschichte zeigt.**

### DIE ANFÄNGE

Schon die preußische Armee zählte muslimische Soldaten zu ihren Einheiten. Bereits im 18. Jahrhundert wurden erstmals tatarisch-polnische und bosnische Muslime in die Armee aufgenommen. Intensive Handelsverbindungen zwischen Preußen und dem Osmanischen Reich führten zu der Bildung einer kleinen osmanischen Kolonie in Berlin. Seit 1798 gab es auf Geheiß von König Friedrich Wilhelm II. einen Friedhof für osmanische Botschafter und ihre Angehörigen in Berlin. Dieser Friedhof wurde 1866 nach Berlin-Neukölln an den Columbiadamm verlegt und existiert bis heute als ältester islamischer Friedhof Deutschlands fort.<sup>2</sup>

### KAISERREICH UND ERSTER WELTKRIEG

Mit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 intensivierten sich die Beziehungen zum Osmanischen Reich. Im Ersten Weltkrieg kämpfte das Osmanische an der Seite des Deutschen Reiches und der Mittelmächte. In dieser Zeit entstand die erste Moschee auf deutschem Boden in einem Gefangenenlager im heutigen Brandenburg. Das sogenannte „Halbmondlager“ diente als Internierungslager für muslimische Soldaten der Entente-Streitkräfte. Heute existiert diese Moschee nicht mehr – der baufällige Holzbau wurde 1930 abgerissen.<sup>3</sup>

### WEIMARER REPUBLIK

Nach dem Ersten Weltkrieg gründeten einige wenige Muslime 1922 die „Islamische Gemeinde zu Berlin“. Später benannten sie sich in „Deutsch-Moslemische Gesellschaft“ um und vereinten 1930 etwa 1.800 Mitglieder unterschiedlich nationaler und ethnischer Herkunft. Zugezogene Student\*innen, Akademiker\*innen und Intellektuelle wie auch deutsche Konvertit\*innen zählten zu der Gesellschaft. 1924 gründeten sie eine Moschee in Berlin-Wilmersdorf.<sup>4</sup>

Schon zu dieser Zeit nahmen bekannte Persönlichkeiten wie Thomas Mann, Hermann Hesse und Albert Einstein am bereits initiierten muslimisch-christlichen Dialog teil. Geprägt von Goethes umfangreichster Gedichtsammlung, dem „West-östlichen Divan“, empfanden sie Bewunderung für den Islam.<sup>5</sup>

### SEIT DEM ZWEITEN WELTKRIEG

Nach dem Zweiten Weltkrieg lag das Land gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich am Boden. Geografisch wurde Deutschland in Besatzungszonen aufgeteilt. Die ehemaligen Besatzungszonen der westlichen Siegermächte schlossen sich 1949 zur Bundesrepublik Deutschland (BRD) zusammen. Aus der Sowjetischen Besatzungszone ging 1949 die Deutsche Demokratische Republik (DDR) hervor.



LITERATUR 1 Foroutan 2012, 27 2 Berlin.de 3 Bertsch 2015

4 Deutsche Islam Konferenz 2008 5 Goethe 1819

In der Bundesrepublik schufen der amerikanische Marshallplan von 1947 und die Währungsreform von 1948 die Grundlage für den umfassenden Wiederaufbau des Landes wie auch für ein rasantes Wirtschaftswachstum.

## **WESTDEUTSCHLAND**

Das westdeutsche Wirtschaftswunder der 1950er-Jahre brachte einen Mangel an Arbeitskräften, besonders in der Landwirtschaft und Industrie mit sich. Der Mauerbau 1961, der die beiden deutschen Staaten bis zur Wiedervereinigung 1990 trennte, verstärkte den Arbeitskräftemangel erheblich. Besonders in den landwirtschaftlichen Betrieben in Südwestdeutschland und in den Industriezentren der westdeutschen Großstädte fehlten Arbeitskräfte. Um den Bedarf zu decken, schloss die Bundesrepublik Anwerbeverträge mit Italien (1955), Spanien und Griechenland (1961), der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und dem ehemaligen Jugoslawien (1968).

Bereits 1973 lebten etwa vier Millionen ausländische Staatsbürger\*innen in Westdeutschland. Die weitaus größten Gruppen der Arbeitsmigrant\*innen, den sogenannten Gastarbeiter\*innen, stammten aus der Türkei (605.000), dem ehemaligen Jugoslawien (535.000) und Italien (450.000). Den Höhepunkt erreichte die Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte zwischen 1968 und 1973: Täglich wurden zwischen 500 und 1.000 Personen im Ausland angeworben.<sup>1</sup> Die Anwerbeverträge führten zu der bislang größten Einwanderung von Muslimen in die Bundesrepublik.

Die weltweite Energie- und Wirtschaftskrise führte 1973 zu einem offiziellen Anwerbestopp für Gastarbeiter. Gleichzeitig ermöglichte die Bundesregierung im selben Jahr jedoch den Familiennachzug für die Familien der in Deutschland lebenden Arbeitnehmer.

Viele Familien, gerade aus der Türkei, erreichten Westdeutschland in den 1970er- und 1980er-Jahren. Zudem kamen junge und gut ausgebildete Einwander\*innen zum Studium und als Fachkräfte in den 1980er-Jahren in die Bundesrepublik. Zur Anzahl der hochqualifizierten Eingewanderten gibt es jedoch keine verlässliche Statistik.

## **DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK**

Auch die DDR warb Arbeitskräfte im Ausland an, jedoch nicht in derselben Größenordnung wie Westdeutschland. Vertragsarbeiter erreichten die DDR aus sogenannten sozialistischen „Bruderstaaten“, darunter vor allem Vietnam. Als Wissenschaftsstandort war die DDR für junge ausländische Studierende und Akademiker\*innen attraktiv. Viele Studierende kamen aus Syrien und dem Jemen nach Ostdeutschland. Wenige muslimische Gemeinden bildeten sich in Ostberlin und Leipzig.

## **WIEDERVEREINIGUNG UND NEUES JAHRTAUSEND**

Obwohl seit Mitte der 1950er-Jahre Tausende von Gastarbeiter\*innen und weitere Einwanderer auf deutschem Boden lebten, wurden sie nicht als fester Bestandteil der deutschen Gesellschaft angesehen. Politik, Verwaltung und die Zivilgesellschaft in Westdeutschland gingen noch jahrzehntelang davon aus, dass die ins Land geholten Arbeitskräfte in ihre Heimat zurückkehren würden. Eine nachhaltige Integration betrachtete man daher weder als notwendig noch wünschenswert. Dabei verkannten Behörden und Staat, dass die Eingewanderten schon längst ein Teil von Deutschland waren. Bereits 1965 prägte der deutsche Autor und Lyriker Max Frisch den Satz: „Wir riefen Arbeitskräfte, es kamen Menschen“.



**QUELLE** 1 Münz, Seifert und Ulrich 1999, 45 2 Beauftragte 1998, 18f  
3 UNHCR 4 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016

*Wir riefen*

# #Arbeitskräfte, *es kamen* #Menschen.

Max Frisch, Autor und Lyriker

Gegen Ende der 1990er-Jahre veränderte sich der Blick im wiedervereinigten Deutschland auf die hier heimisch gewordenen Eingewanderten und ihre Nachkommen. Grundlegende Änderungen in Bezug auf Einwanderung und Migration traten in Kraft und Integration wurde als wichtiges Regierungsziel bestimmt. Zudem trat im Jahr 2000 das geänderte Staatsangehörigkeitsgesetz in Kraft, nach dem in Deutschland geborene Kinder rechtmäßig hier lebender Eltern ein Anrecht auf die deutsche Staatsangehörigkeit haben. Mittlerweile hat die Bundesrepublik offiziell eingeräumt, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist.

## **FLUCHTMIGRATION UND ASYLZUWANDERUNG**

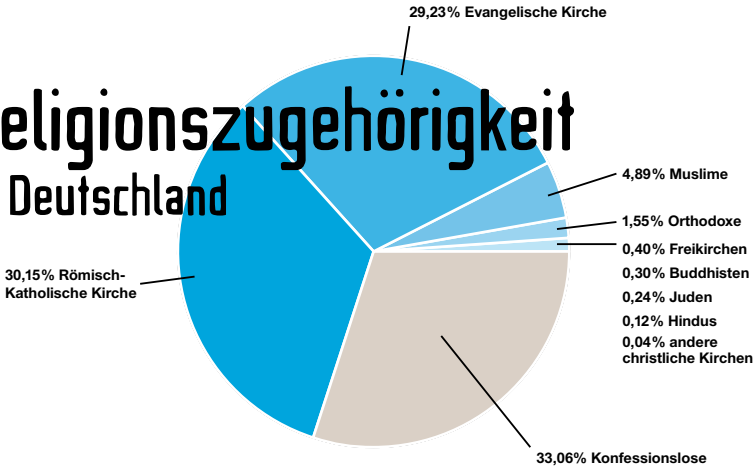
Krisen, Kriege und politische Umstürze – besonders im Mittleren und Nahen Osten – haben seit den 1980er-Jahren Auswirkungen auf die Fluchtmigration und Asylzuwanderung nach Deutschland. Viele der Geflüchteten kamen damals aus mehrheitlich muslimisch geprägten Ländern. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichten die Flüchtlingszahlen

1993: Im Zuge der Kriege im ehemaligen Jugoslawien erreichten 1,9 Millionen Geflüchtete Deutschland.<sup>2</sup>

Heute sind weltweit so viele Menschen auf der Flucht wie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr.<sup>3</sup> Das Scheitern des Arabischen Frühlings 2011 im Nahen Osten und in Nordafrika, der Beginn des syrischen Bürgerkrieges, der Terror des sogenannten „Islamischen Staates“ in Syrien und im Irak – dies sind nur einige Konfliktherde, die weltweit Menschen zur Flucht nötigen. Millionen von Menschen aus dem Nahen Osten befinden sich auf der Flucht, suchen Sicherheit und Zuflucht in ihrem eigenen Land, den Nachbarländern und in Europa. Die Länder der Europäischen Union sahen sich 2015 mit rasant steigenden Zahlen Geflüchteter konfrontiert. Die sogenannte „Flüchtlingskrise“ stellt die EU vor eine Zerreißprobe, und noch ist keine Lösung in Sicht. Die Zahl der Geflüchteten in Deutschland erreichte 2015 einen neuen Höhepunkt: Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wurden insgesamt 1.091.894 Asylanträge registriert.<sup>4</sup>

QUELLE: Evangelische Kirche in Deutschland (EKD): Statistik über die Äußerungen des kirchlichen Lebens in den Gliedkirchen der EKD im Jahr 2010.

# Religionszugehörigkeit in Deutschland



## WAS IST DER ISLAM? EIN PAAR ANTWORTEN IM ÜBERBLICK

Der Islam ist die jüngste der drei monotheistischen Weltreligionen. Er entstand im 7. Jahrhundert nach Christus und gründet auf den Offenbarungen des Propheten Mohammed (um 570–632 n. Chr.). Menschen mit islamischem Glauben werden Muslime genannt. Nach dem muslimischen Glauben sind die Worte, die Mohammed von Gott offenbart wurden, im Koran verschriftlicht. Anders als im Christentum die Bibel und im Judentum die Torah, glauben Muslime, dass der Text des Korans, das heilige Wort Gottes selbst sei. Der Koran bildet zusammen mit anderen Quellen die theologische Lebens- und Glaubensgrundlage für Muslime weltweit. Im Laufe der historischen Entwicklung entstanden unterschiedliche Interpretationen und

Auslegungen des Korans, in deren Folge sich verschiedene Rechtsschulen und Strömungen herausbildeten.<sup>1</sup>

Die sogenannten „Fünf Säulen des Islam“ – Glaubensbekenntnis (Schahada), tägliche Gebete (Salat), Fasten (Saum), Pflichtabgabe (Zakat) und Pilgerfahrt nach Mekka (Hajj) – legen die wichtigsten verbindlichen Pflichten der Gläubigen fest.

So wie man bei dem Judentum und dem Christentum nicht von einheitlichen Religionsgemeinschaften sprechen kann, ist es auch nicht möglich von einem einheitlichen Islam zu reden. Das Christentum kennt beispielsweise Protestanten, Katholiken und diverse Freikirchen, und ebenso gibt es im Islam verschiedenste Glaubensrichtungen.

Die zwei größten Glaubensrichtungen im Islam sind die Schiiten und Sunniten. Die Spaltung der Religion in diese zwei großen Strömungen ist auf Uneinigheiten der Anhänger Mohammeds nach dessen Tod zurückzuführen. Die einen – Schiiten – wollten nur einen Blutsverwandten des Propheten als



LITERATUR 1 Krämer 2005, 26 ff 2 Sökefeld, Einleitung 2008, 10f 3 Reetz 2010, 79f 4 Seidensticker 2016, 9–24

legitimen Nachfolger anerkennen. Die anderen – Sunniten – wählten einen Nachfolger unter den geistigen Führern aus dem Umfeld Mohammeds. Die Sunniten verstehen sich als islamische Orthodoxie. Von den etwa 1,9 Milliarden Muslimen weltweit sind mehr als 90 Prozent Sunniten. Der Unterschied zwischen Sunniten und Schiiten ist historischer, theologischer, ritueller und rechtsschulischer Art. Neben Sunniten und Schiiten existieren im Islam viele weitere Glaubensgemeinschaften und Strömungen. Dazu gehören beispielsweise Aleviten, Ahmadis, Ibaditen, Sufis, Wahabiten, und Salafisten.

Das Alevitentum bildete sich im 13. Jahrhundert in Anatolien als Glaubensrichtung heraus. Im Laufe der Zeit entwickelten die Aleviten ihre eigenen Riten, sodass sich ihre Glaubenspraxis grundsätzlich von der der Schiiten und Sunniten unterscheidet. Im Alevitentum nimmt die rituelle Zusammenkunft,

der Cem, in einem Cem-Haus eine zentrale Rolle ein. Unter Muslimen gibt es unterschiedliche Auffassungen, ob das Alevitentum zum Islam gehört oder nicht – auch unter den Aleviten selbst.<sup>2</sup>

Die Ahmadiyya ist eine Glaubensgemeinschaft, die von Mirza Ghulam Ahmad (1835–1908) in den 1880er-Jahren im heutigen Indien als islamische Bewegung gegründet wurde. Neben den islamischen Rechtsquellen sind die Schriften von Mirza Ghulam Ahmad in der Glaubenspraxis von zentraler Bedeutung. Laut eigenem Selbstverständnis sind die Glaubensanhänger der Ahmadiyya Muslime. Vor allem von Seiten der beiden größten Glaubensgemeinschaften, der Sunniten und Schiiten, wird die Zugehörigkeit der Ahmadiyya zum Islam bezweifelt.<sup>3</sup>

Es ist wichtig, in der Sache und im öffentlichen Diskurs zwischen Muslimen als Zugehörigen zur Religionsgemeinschaft des Islam einerseits und dem **Islamismus** in seiner ganzen Bandbreite klar zu unterscheiden.

## ISLAMISMUS, SALAFISMUS, TERRORISMUS/JIHADISMUS

*Islamismus* ist ein Sammelbegriff für ein weites Spektrum von politischen Strömungen, von gewaltfrei über Gewalt legitimierend bis hin zu Gewalt anwendend und terroristisch. Islamistische Organisationen und Gruppierungen machen den Islam nach ihrem jeweiligen Verständnis – zur Richtschnur einer umfassenden politisch-gesellschaftlichen Ordnung. Daher wird ‚Islamismus‘ auch oft als ‚politischer Islam‘ bezeichnet.

Der extremistische *Salafismus* stellt in diesem Spektrum eine besonders radikale Strömung dar. Vertreter dieser Strömung verstehen die islamischen Quellen wortwörtlich und verfolgen das Ziel, das soziale und politische Leben der Muslime nach dem Vorbild des Propheten Mohammed und seiner frühen Gefolgsleute (al-salaf al-salih) aus dem 7. Jahrhundert zu gestalten. *Terroristisch-jihadistische Strömungen* – wie der sog. Islamische Staat (IS) oder al-Qaida – setzen zur Verwirklichung dieses Ziels Gewalt und Terrorismus ein.

Vom Islamismus in dieser ganzen Bandbreite klar zu unterscheiden ist aber der Islam als Religion und Muslime als Zugehörige zur dieser Religionsgemeinschaft. Ein/e Muslim\*in ist nicht automatisch Islamist\*in und der Islam ist nicht dasselbe wie Islamismus.

## WELCHE MUSLIMISCHEN ORGANISATIONEN IN DEUTSCHLAND GIBT ES?

**D**eutschland beheimatet eine Vielzahl von muslimischen Organisationen. Dazu zählen Moscheevereine, Migrantenselbstorganisationen, Bildungswerke und Verbände. Die Organisationen unterscheiden sich nicht nur in ihren Aufgaben und Zielsetzungen, sondern auch hinsichtlich ihrer Sprache, der religiösen Ausrichtung, dem Grad der Organisation sowie der Verbands- bzw. Dachverbandszugehörigkeit auf Landes- und Bundesebene.

Bereits in den 1960er-Jahren gründeten Muslime in Deutschland Moscheegemeinden. Moscheen sind nicht nur Gebetshäuser. Es sind Orte des sozialen Zusammenhalts, an denen die Gemeindemitglieder mit Familien und Freunden zusammenkommen, gemeinsam feiern und ihre Freizeit verbringen. In den Räumlichkeiten finden neben dem Freitagsgebet spirituelle, kulturelle und soziale Aktivitäten statt. Lesezirkel, islamische Unterweisung, Seelsorge, die Pflege religiöser Bräuche und Riten wie Eheschließungen und Begräbnisse, die Organisation einer Pilgerfahrt nach Mekka – all dies leisten Moscheegemeinden. Kurz: Moscheegemeinden bieten Muslimen Raum für ihr religiöses, soziales und kulturelles Leben.<sup>1</sup>

## ISLAMISCHE VERBÄNDE IN DEUTSCHLAND

**I**m Islam gibt es keine vergleichbaren hierarchischen Strukturen wie in den christlichen Kirchen. Deshalb stellt sich in Deutschland oft die Frage: Wer ist der richtige Ansprechpartner im staatlichen Dialog mit Muslimen? Oder mit anderen Worten: Wer spricht eigentlich für (welche) Muslime in Deutschland?

Es gibt mehrere große islamische Verbände in Deutschland, die eine unterschiedliche Anzahl an Moscheegemeinden vereinen.

Die größte muslimische Organisation in Deutschland ist die 1984 gegründete DITIB mit über 900 Gemeinden. Die Imame der DITIB werden vom türkischen Präsidium für religiöse Angelegenheiten entsandt. Der Verband verfügt über eine ausgeprägte Struktur religiöser und sozialer Angebote und ist darüber hinaus im Bildungsbereich aktiv.

Der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (IR) wurde 1986 gegründet. Seine größte Mitgliedsorganisation ist die Islamische Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG). Hinzu kommen Gemeinden der Nurculuk-Bewegung sowie alevitische und andere Gemeinden. Die IGMG ist aufgrund der ihr zugrunde liegenden Milli-Görüş-Ideologie umstritten.

Der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) ist die drittgrößte Organisation in Deutschland. Seine Gründung geht auf das Jahr 1973 zurück, als Muslime das „Islamische Kulturzentrum Köln“ gründeten. Das zentrale Anliegen des VIKZ ist die Bildung von Jugendlichen und Studierenden. Als einer der wenigen Verbände bildet der Verein eigenständig religiösen Nachwuchs zu Theologen und Imamen in Deutschland aus.<sup>2</sup>

Der Zentralrat der Muslime (ZMD) ist der viertgrößte Verband in Deutschland. Er zeichnet sich durch eine Vielzahl unterschiedlicher Nationalitäten und religiöser Ausrichtungen aus. Somit stellt er ein gewisses Gegengewicht zu den türkisch dominierten Verbänden dar. Gegründet wurde er 1987 als „Islamischer Arbeitskreis“.<sup>3</sup>



LITERATUR 1 Spielhaus und Färber 2006, 9 2 Lemmen 2002, 51f 3 Lemmen 2002, 88f  
4 Sökefeld 2008 5 Mediendienst Integration





Als einziger bundesweit organisierter Dachverband schiitischer Muslime wurde die Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands (IGS) 2009 gegründet. Die IGS vereinigt Gemeinden mit vornehmlich deutsch-, irakisch-, libanesisch-, afghanisch-, iranisch-, türkisch- und pakistanischstämmigen Mitgliedern.

Die AABF ist der einzige Dachverband der in Deutschland lebenden Aleviten. Innerhalb der Alevitischen Gemeinde gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, ob Aleviten Muslime sind oder nicht. Man kann sagen, dass sich die Aleviten in Deutschland aktuell in einem Selbstfindungsprozess befinden. In elf Bundesländern (darunter Bayern, Nordrhein-Westfalen, Berlin und Hamburg) ist die AABF als Religionsgemeinschaft anerkannt.<sup>4</sup>

Mit dem Anspruch, das zentrale Sprachrohr für die organisierten Muslime in Deutschland zu sein und als zentraler Ansprechpartner im staatlichen Dialog zu dienen, taten sich die vier Verbände DITIB, Islamrat, VIKZ und

ZMD 2007 zusammen und gründeten den Koordinationsrat der Muslime (KRM). Laut eigenen Angaben vertritt der KRM 85 Prozent der Moscheegemeinden in Deutschland. Mit der Gründung des KRM bezweckten die Verbände, die Verhandlungen über die Anerkennung als Religionsgemeinschaft voranzutreiben und Kräfte gemeinsam zu bündeln.<sup>5</sup>

Ein staatlich-muslimischer Dialog in Form von Meinungsaustausch und regelmäßigem Kontakt findet auf Bundes- und Länderebene vielfach im Rahmen von Islamforen statt. Ein Beispiel dafür ist das dialog forum islam in Nordrhein-Westfalen. Darin diskutieren Vertreter\*innen der Landesregierung mit den organisierten Aleviten und Muslimen des KRM über Alltagsprobleme und Anliegen der muslimischen Community, z. B. über Jugendhilfe, Seelsorge, Islamfeindlichkeit oder Bestattungen.



## **ANERKENNUNG ALS RELIGIONSGEMEINSCHAFT UND RECHTLICHER STATUS**

**D**ie islamischen Verbände in Deutschland bemühen sich um die Anerkennung als Religionsgemeinschaft. Eigentlich darf sich jeder dieser Verbände als Religionsgemeinschaft bezeichnen. Wenn aber ein Verband konfessionellen Religionsunterricht oder die Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts für sich anstrebt, ist nach dem deutschen Religionsverfassungsrecht hierfür eine rechtliche Anerkennung als Religionsgemeinschaft notwendig. Dann prüft der Staat, ob es sich bei dem Verband nach seiner Verfassung und inneren Struktur auch tatsächlich um eine Religionsgemeinschaft im Sinne des Grundgesetzes handelt.

Durch die Anerkennung als Religionsgemeinschaft wären die islamischen Verbände der evangelischen und der katholischen Kirche wie auch der jüdischen Gemeinde rechtlich gleichgestellt. Diese Feststellung ist für die Verbände auch deshalb wichtig, weil damit ein nicht unbedeutender erster Schritt zur Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts getan wäre. Der Körperschaftsstatus bringt viele Besonderheiten und Sonderrechte mit sich: Die Verbände könnten dem Staat beispielsweise als zentraler Ansprechpartner zur Verfügung stehen, Kirchensteuer einziehen und in staatlichen Gremien mitwirken. Bisher verfügt keine der großen muslimischen Verbände über den Körperschaftsstatus. Eine Ausnahme bildet die Ahmadiyya Muslim Jamaat Deutschland (AMJ), der in Hessen (2013) und in Hamburg (2014) dieser Status zuerkannt wurde.



## DIE DEUTSCHE ISLAM KONFERENZ

Im September 2006 rief der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) die Deutsche Islam Konferenz (DIK) ins Leben. Das Ziel der DIK war und ist es, den Dialog und Austausch zwischen Staat und Muslimen kontinuierlich zu regeln und zu fördern. Dabei steht die Absicht im Vordergrund, die religionsrechtliche und gesellschaftliche Integration von Muslimen zu verbessern. Die Einrichtung der DIK selbst war ein bedeutender Schritt und Zeichen gegenüber Muslimen in Deutschland. Wolfgang Schäuble betonte bei der Eröffnungsrede der DIK vor dem Deutschen Bundestag: „Der Islam ist Teil Deutschlands und Europas.“ Später folgten der ehemalige Bundespräsident Christian Wulff (CDU) und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU)

Schäubles Einschätzung und bekräftigten die Aussage, dass der Islam zu Deutschland gehöre.<sup>1</sup>

Die DIK kann keine rechtskräftigen Beschlüsse oder neuen Gesetze hervorbringen. Die Ergebnisse der DIK sind vielmehr Vorschläge und Empfehlungen, die an staatliche Akteure herangetragen werden. Bei der Umsetzung der Empfehlungen ist die DIK von Akteuren auf der Bundes-, Länder- und Kommunalebene abhängig. Mittlerweile befindet sich die DIK in ihrer dritten Phase. Seit ihrer Gründung haben sich nicht nur die personelle Besetzung, sondern auch die thematischen Schwerpunkte verändert.

## Schwerpunkthemen der Deutschen Islam Konferenz

ERSTE PHASE 2006 – 2009	ZWEITE PHASE 2010 – 2013	DRITTE PHASE SEIT 2014
1) Deutsche Gesellschaftsordnung und Wertekonsens 2) Religionsfragen im deutschen Verfassungsverständnis 3) Wirtschaft und Medien als Brücke 4) Sicherheit und Islamismus	1) Förderung von institutionalisierter Kooperation und integrationsbezogener Projektarbeit 2) Geschlechtergerechtigkeit als gemeinsamen Wert leben 3) Prävention von Extremismus, Radikalisierung und gesellschaftlicher Polarisierung	1) Wohlfahrtspflege 2) Seelsorge
Die Schwerpunkthemen berücksichtigen sowohl religionsrechtliche als auch soziostrukturelle Fragen der Integration von Muslimen in Deutschland		Die Kernarbeitsfelder sind im Bereich der religionsrechtlichen Integration des Islam zu verorten

# VORURTEILE



DIFFE

Fremdenfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit, Xenophobie. Es gibt viele Begriffe, die die Ablehnung und die Ressentiments gegenüber „Anderen“ und „Fremden“ beschreiben.

In vielen Ländern – darunter Deutschland – treten rassistische Ressentiments in Gesellschaft und Politik immer offener zu Tage. Bei Hass- und Hetzkommentaren gegen Asylsuchende und „die Anderen“ im Netz bleibt es längst nicht mehr. Auch rassistisch motivierte Straftaten haben 2015 und 2016 erheblich zugenommen.

UND RASSISMUS

RENZIERT

# Die meisten **#Vorurteile**

haben eine lange Vergangenheit, zum Beispiel das wohl älteste gegenüber den Juden.

*Es hat die Voraussetzungen für Vorurteile immer gegeben – jede Kultur entwickelt sie. Sinnvoll ist es aber auch, andere nicht vorschnell abzuwerten, sondern offen zu sein, um sich weiter zu entwickeln.*

■  
Andreas Zick, Professor für Sozialisation und Konfliktforschung<sup>1</sup>

## **RASSISMUS UND GRUPPENBEZOGENE MENSCHENFEINDLICHKEIT**

**S**tigmatisierungen und Abwertungen richten sich häufig gegen Menschen, die als „Fremde“ und „Ausländer“ bezeichnet werden, unabhängig davon, ob sie in Deutschland geboren oder eingebürgert sind. Diese Unterscheidung in „In- und Ausländer“ ist oft mit einer Wertvorstellung verknüpft. Ausländer sind nach dieser Logik weniger wert als Einheimische. Zudem entsteht durch diese Einteilungen eine automatische Hierarchisierung, also eine Abstufung der Gesellschaft. Dies leistet Ausgrenzung und Diskriminierung in der Gesellschaft Vorschub, die sich beispielsweise im Bildungssystem, auf dem Arbeitsmarkt oder in der Politik widerspiegeln.

## **GRUPPENBEZOGENE MENSCHENFEINDLICHKEIT**

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit beschreibt die Abwertung von Gruppen, die als „anders“, „fremd“ oder „nicht zugehörig“ wahrgenommen werden. Diese drückt sich unterschiedlich aus, beispielsweise in Form von Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Fremdenfeindlichkeit, Sexismus, Homophobie oder auch in der Abwertung von Behinderten.

Eine Forschungsgruppe unter der Leitung von Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer an der Universität Bielefeld hat über zehn Jahre hinweg gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland untersucht. Zwischen 2002 und 2012 haben die Forschenden in ihren Berichten „Deutsche Zustände“ herausgefunden, dass Personen, die feindselig gegenüber bestimmten Gruppen eingestellt sind, auch die Überzeugung vertreten, dass Menschen unterschiedlich viel wert seien. Die Geisteshaltung,



**LITERATUR** 1 Der Feind im eigenen Land. Warum es Vorurteile und Rassismus gibt, in: fluter.de

2 Weitere Informationen unter <https://web.archive.org/web/20131030180108/http://www.uni-bielefeld.de/%28de%29/ikg/projekte/GMF/index.htm> 3 Decker, Kiess und Brähler, 2016, 50

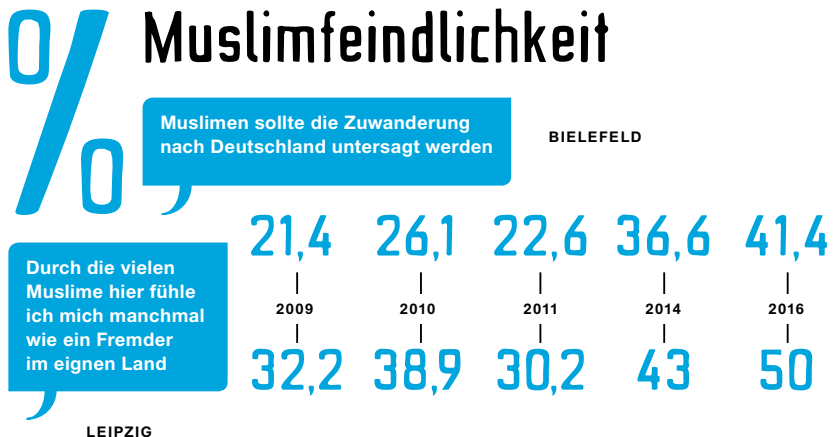
die beispielsweise hinter Rassismus und Sexismus steht, ist somit sehr ähnlich. Zudem haben die Forschenden erkannt, dass Menschen, die zur Abwertung einer bestimmten Gruppe neigen, tendenziell auch anderen Gruppen gegenüber feindlich eingestellt sind. Auch Menschen, die selbst zu einer diskriminierten Gruppe gehören, sind von diesem Schema nicht ausgeschlossen und können zu Diskriminierenden werden.<sup>2</sup>

## EINSTELLUNGEN GEGENÜBER MUSLIMEN IN DEUTSCHLAND

Viele repräsentative Untersuchungen haben gezeigt, dass die Wahrnehmung von Muslimen in Deutschland besonders negativ behaftet ist. Häufig werden Muslime in den Umfragen von den Befragten als fanatisch, rückwärtsgewandt, intolerant und undemokratisch beschrieben. Nicht muslimische Deutsche werden von

denselben Befragten meistens als tolerant, fortschrittlich und demokratisch dargestellt. Heitmeyer und sein Team haben durch ihre Befragungen zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit gezeigt, dass die Ablehnung und negative Wahrnehmung von Muslimen in Deutschland über die letzten Jahre sehr konstant geblieben ist. Im Jahr 2003 stimmten beispielsweise 26,5 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden sollte. Im Jahr 2010 stimmten derselben Aussage 26,1 Prozent und im Jahr 2011 noch 22,6 Prozent der Befragten zu. Ähnliche Ergebnisse lieferte eine Studie der Universität Leipzig im Jahr 2016, wonach 50 Prozent der Befragten der Aussage zustimmten, dass sie sich „durch die vielen Muslime [...] manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“ fühlen. Außerdem waren laut derselben Studie 41,4 Prozent der Befragten der Meinung, dass Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden sollte.<sup>3</sup> Diese negativen Wahrnehmungen bieten besonders angesichts der „Flüchtlingskrise“ schwierige Voraussetzungen für die öffentlichen Diskussionen um Islam und Muslime, Zuwanderung und Integration in Deutschland.

QUELLE Decker, Oliver, Johannes Kiess und Eimar Brähler (Hrsg.): Die enthemmte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Die „Mitte-Studien“ der Universität Leipzig. Gießen: Psychosozial-Verlag, 2016, S. 50



## ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS

Im Sprachgebrauch finden sich viele Begriffe wieder, die antimuslimische Einstellungen beschreiben. Häufig spricht man in den Sozialwissenschaften von antimuslimischem Rassismus, während in Medien und Gesellschaft eher von Islamfeindlichkeit die Rede ist.

Der Rassismus beschreibt ein Phänomen, bei dem bestimmte Menschen aufgrund von äußerlichen Merkmalen zu einer Gruppe homogenisiert, also gleichgemacht, und abgewertet werden. Die Gruppen sind frei konstruiert, also willkürlich zusammengesetzt. Ihnen werden bestimmte Charaktereigenschaften, Merkmale oder Wesenszüge zugeschrieben. Diese Zuschreibungen führen zu Vorurteilen und Feindseligkeiten gegenüber dieser Gruppe. Gleichzeitig findet zwischen der konstruierten Gruppe und der eigenen Gruppe eine Hierarchisierung statt – die eigene Gruppe wird höhergestellt und die konstruierte Gruppe abgewertet. Die konstruierte Gruppe wird dadurch aus der Gesellschaft ausgegrenzt, während das Überlegenheitsgefühl in der eigenen Gruppe gefördert wird.<sup>1</sup>

Zur Zeit des Nationalsozialismus erreichte der Rassismus mit der Ermordung der europäischen Juden sein verheerendstes Ausmaß. Im Nationalsozialismus wurden Menschen in verschiedene biologische Rassen eingeteilt. Diese Einteilung ist wissenschaftlich nicht zu begründen, denn eine biologische Einteilung in Rassen gibt es bei Menschen nicht. Deshalb spricht man heute eher von Kulturrassismus. Der Begriff beschreibt einen Rassismus ohne Rassen, bei dem aber die Ausgrenzungsmechanismen einer einflussreichen Mehrheit gegenüber einer Minderheit, die als „nicht normal“ und „anders“ wahrgenommen wird, bestehen bleiben.

Antimuslimischer Rassismus beschreibt die Ablehnung, Abwertung und Ausgrenzung von Muslimen in der Gesellschaft. Die Historikerin Yasemin Shooman beschreibt, was es damit auf sich hat: „Die abgelehnte Gruppe wird als ‚Abstammungsgemeinschaft‘ und weniger als Religionsgemeinschaft gesehen, denn als Muslim\*in gilt, wer von muslimischen Eltern abstammt – und das allein macht ihn oder sie bereits zum Problem oder gar zur Gefahr. Von der Ausgrenzung betroffen sind daher nicht nur praktizierende Muslim\*innen, sondern auch Menschen, die aufgrund ihres Aussehens oder ihres Namens als Muslime ‚markiert‘ sind, unabhängig davon, ob sie sich selbst so identifizieren.“

Ein Beispiel für antimuslimischen Rassismus liefern die Thesen des ehemaligen Berliner Finanzsenators Thilo Sarrazin. Dieser veröffentlichte 2010 sein Buch „Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen“, das bis heute das meistverkaufte politische Sachbuch in Deutschland ist. Unter anderem äußerte sich Sarrazin negativ zu den Bildungsabschlüssen von Muslimen in Deutschland und behauptete, dass Intelligenz vererbbar sei und Muslime generell weniger intelligent seien als Deutsche. Auch stellte er die Behauptung auf, dass Muslime häufiger Kinder bekämen als Deutsche und warnte vor einer Überbevölkerung durch „Kopftuchmädchen“. Wissenschaftler\*innen hinterfragten seine Thesen kritisch und rückten sie gerade.<sup>2</sup> Sarrazin verdeutlichte die Auswirkungen von antimuslimischem Rassismus, indem er Muslime als eine einheitliche Gruppe der Gruppe der Deutschen gegenüberstellte. Diese Gegenüberstellung geht mit der Aufwertung „der Deutschen“ und der Abwertung „der Muslime“ einher, wobei nicht genau definiert ist, wer



LITERATUR 1 Schubert und Klein 2016 2 Shooman 2015, 8 3 Spiegel Online 2010





überhaupt zu diesen beiden Gruppen gehört. Außerdem erweckt Sarrazin den Anschein, dass es keine muslimischen Deutschen oder deutsche Muslime geben kann. Die Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft wird hier lebenden Menschen muslimischen Glaubens oder Menschen mit Migrationshintergrund dadurch abgesprochen.

### RASSISTISCHE GEWALT IN DEUTSCHLAND

**B**ereits in den 1990er Jahren kam es zu gewalttätigen und rassistischen Ausschreitungen in Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen gegenüber Personen mit Migrationshintergrund. Doch rassistische und fremdenfeindliche Gewalttaten sind leider kein Phänomen der Vergangenheit. Heute, im Zuge der sogenannten „Flüchtlingskrise“, nehmen die rassistischen und fremdenfeindlichen Gewalttaten gegenüber Geflüchteten und Migrant\*innen, die bereits länger in Deutschland leben, wieder zu.

### DIE 1990ER-JAHRE

**H**oyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen: Diese vier Städte sind Synonyme, die die pogromähnliche Stimmung in den 1990er-Jahren in Deutschland verdeutlichen. Im September 1991 griffen jugendliche Neonazis im sächsischen Hoyerswerda ein Flüchtlingswohnheim und ein Wohnheim für ausländische Vertragsarbeiter\*innen an. Molotow-Cocktails flogen durch die Fenster, während sich Hunderte von Schaulustigen und Anwohner\*innen vor dem Wohnheim versammelten. Sie beklatschten die Gewalttätigkeiten, mehrere beteiligten sich sogar daran. Über dreißig Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Die Polizei war nicht in der Lage, die Situation unter Kontrolle zu bringen. Erst als das Wohnheim in einen anderen Ort verlegt wurde, kehrte Ruhe ein.<sup>3</sup>

Die Gewalt in Hoyerswerda bereitete den Weg für die Gewaltaktion in Rostock-Lichtenhagen im August 1992. Rechtsextreme



**LITERATUR** **1** Filmtipp: Der Spielfilm „Wir sind jung, wir sind stark“ von 2014 zeigt die Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen und wie es zu der Gewalt kommen konnte. Begrich 2016 **2** Hubschmid 2012 **3** Akyün und Smolczyk, 2003 **4** Caspari 2016 **5** MDR Sachsen 2016 **6** Pollmer 2016

Randalierer verwüsteten das Sonnenblumenhaus, ein Wohnheim für ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter\*innen und bedrohten die Bewohner\*innen. Sie wurden von bis zu 3.000 Schaulustigen beklatscht, die die Einsätze der Polizei und Feuerwehr behinderten. Schlussendlich wurde das Wohnheim mit Molotow-Cocktails in Brand gesetzt.<sup>1</sup>

Der Brandanschlag auf das Wohnhaus einer türkischstämmigen Familie im schleswig-holsteinischen Mölln 1992 ist ein weiteres Beispiel von rassistischer Gewalt in Deutschland. Zwei Rechtsextreme setzen das Wohnhaus in Brand. Eine Frau und zwei Kinder starben in den Flammen und mehrere Personen wurden verletzt. Die Täter wurden erst Jahre später ermittelt, weil zuvor ein rechtsextremistischer Hintergrund der Tat von den Behörden ausgeschlossen worden war.<sup>2</sup>

Im nordrhein-westfälischen Solingen verübten jugendliche rechtsextreme Täter im Mai 1993 einen ähnlichen Anschlag. Sie drangen in ein Zweifamilienhaus ein und setzten es in Brand. Dabei starben fünf Personen und weitere siebzehn wurden verletzt. Die Bewohner\*innen des Hauses hatten allesamt einen türkischen Migrationshintergrund. Der Mordanschlag von Solingen bildete den vorläufigen Höhepunkt der Welle fremdenfeindlicher und rassistischer Anschläge im wiedervereinigten Deutschland.<sup>3</sup>

## RASSISMUS IM ZUGE DER „FLÜCHTLINGSKRISE“

**R**assistische und fremdenfeindliche Gewalttaten gegenüber Geflüchteten nehmen im Zuge der „Flüchtlingskrise“ in Deutschland wieder zu. Aus der Statistik des Bundeskriminalamtes (BKA) geht hervor, dass es im gesamten Jahr 2015 fünfmal mehr Übergriffe gab als im Vorjahr. Insgesamt verzeichnete das BKA 1.031 Übergriffe und Straftaten.<sup>4</sup> Fast täglich berichten Medien von Brandanschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte und Sachbeschädigungen sowie von Pöbeleien und Bedrohungen gegen Geflüchtete.

Dabei wiederholen sich die Szenen aus Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen. Im Februar 2016 schockierten Berichte aus dem sächsischen Clausnitz die Republik. Dort hatte eine aufgebrachte und pöbelnde Menschenmenge einem Bus mit Geflüchteten die Zufahrt zur Unterkunft verwehrt und fremdenfeindliche Parolen skandiert. Auf Platzverweise der Polizei reagierten die Anwesenden mit Hohn. Zudem kam es von Seiten der Polizei zu Gewaltanwendungen gegenüber jugendlichen Geflüchteten.<sup>5</sup>

Kurze Zeit später setzten Unbekannte eine geplante Flüchtlingsunterkunft im sächsischen Bautzen in Brand. Während die Unterkunft brannte, klatschten wieder zahlreiche Schaulustige Beifall. Der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) räumte einige Wochen später ein, dass Sachsen ein Problem mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit hat.<sup>6</sup> Die neuen Synonyme für rassistische Übergriffe und Gewalt sind heute Clausnitz und Bautzen.

## NATIONALSOZIALISTISCHER UNTERGRUND (NSU)

Im November 2011 wurde eine rechtsextremistische Gruppe in Zwickau aufgedeckt, die sich selbst Nationalsozialistischer Untergrund, kurz NSU, nannte. Über dreizehn Jahre blieben die Rechtsterroristen Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe und ihr mutmaßliches Netzwerk an Unterstützenden unerkannt von den Sicherheitsbehörden. Sie begingen in ganz Deutschland zwischen den Jahren 2000 und 2006 nicht nur neun Morde an Kleinunternehmern mit Migrationshintergrund, sondern sie waren auch verantwortlich für den Nagelbombenanschlag in der Kölner Keupstraße 2004, bei dem 22 Menschen zum Teil schwer verletzt wurden. Zudem ist der Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter in Heilbronn 2007 auf den NSU zurückzuführen.<sup>1</sup>

Die Mordserie erhielt in den Medien den Namen „Döner-Morde“, da die Getöteten fast alle einen türkischen Migrationshintergrund hatten. Jahrelang gingen die Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden in Deutschland davon aus, dass es sich bei der Mordserie um „Organisierte Kriminalität“ handelte und nicht um rassistisch motivierte Morde. Dadurch sahen sie sich später dem Vorwurf ausgesetzt, auf dem rechten Auge blind zu sein. Böhnhardt und Mundlos begingen 2011 mutmaßlich Suizid; gegen Beate Zschäpe und den NSU

läuft seit März 2013 im Oberlandesgericht München ein Strafprozess, der bisher nicht abgeschlossen ist.<sup>2</sup>

In mehreren Landtagen wie auch im Bundestag wurden Untersuchungsausschüsse zum NSU eingerichtet. Im Zuge dessen musste unter anderem der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz seinen Posten räumen, wie auch die Präsidenten des Thüringer und Sächsischen Verfassungsschutzes. Die Bundestagsfraktionen der SPD, Bündnis '90/Die Grünen und die Linke warfen der Polizei und den Sicherheitsbehörden strukturellen und institutionellen Rassismus vor.<sup>3</sup>



LITERATUR 1 Bundeszentrale für politische Bildung 2013

2/3 Kleffner und Feser 2013 4 Karacuban, 2014, 39


## MARWA EL-SHERBINI

**N**icht nur rechtsextreme Terrorgruppen verüben in Deutschland Attentate auf Muslime und Menschen mit Migrationshintergrund. Im Dresdner Landgericht wurde im Juli 2009 Marwa El-Sherbini aus rassistischen und islamfeindlichen Motiven ermordet. Sie hatte zuvor Alex Wiens angezeigt und Anklage gegen ihn erhoben, weil dieser sie wiederholt öffentlich als „Terroristin“ und „Islamistin“ beschimpft hatte. Während des Strafprozesses erstach Wiens die schwangere Frau mit 18 Messerstichen. Ihr Mann, der sie vor der Attacke schützen wollte, wurde von einem Polizisten, der ihn für den Täter hielt,

angeschossen. Der Richter, die Anwälte, die Prozesszuschauer\*innen und der dreijährige Sohn des Ehepaares wurden Zeugen der Tat. Der Mord an Marwa El-Sherbini ist der erste bekannt gewordene Tötungsfall, der aus anti-muslimischer Überzeugung begangen wurde. In der Öffentlichkeit wurde er vergleichsweise spät bekannt, während er in weiten Teilen der muslimischen community zu großer Angst und Schock führte.<sup>4</sup>

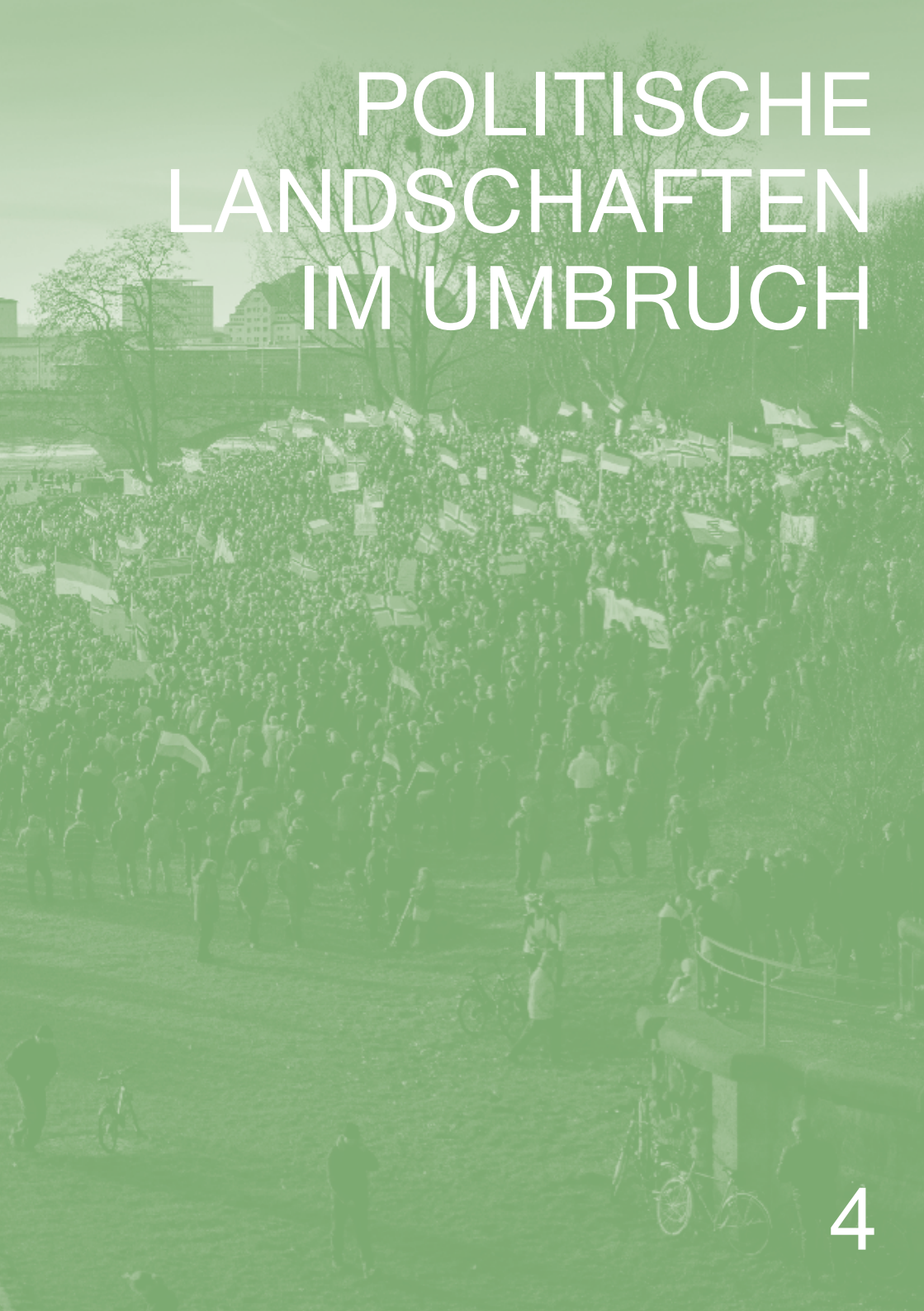


# DIE „NEUE RECHTE“.

A large crowd of people is gathered in a city square, likely for a demonstration or protest. The crowd is dense and extends across the foreground and middle ground. In the background, a stone bridge with multiple arches spans across a river. Beyond the bridge, there are several buildings, including a prominent one with a crane on top. The overall scene is set in an urban environment.

An den Themen Pegida und AfD kommt seit 2015 niemand mehr vorbei. Wer aber steht dahinter? Wofür stehen die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ und „Die Alternative für Deutschland“? Über den politisch-kulturellen Nährboden von Islamfeindlichkeit, Abendland-rhetorik, Pegida und AfD.

# POLITISCHE LANDSCHAFTEN IM UMBRUCH

A large crowd of people is gathered in an open area, many holding flags. The scene is overlaid with a green tint. In the background, there are trees and buildings. The overall atmosphere suggests a significant public event or protest.

**VOM GESELLSCHAFTLICHEN RECHTSRUCK**

Um die Argumentationsmuster und inhaltlichen Aussagen von Pegida und der AfD zu verstehen, muss verdeutlicht werden, wie diese funktionieren. Rechtes Gedankengut folgt oft einem bestimmten, antidemokratischen Muster. Die Bündelung nationalistischer, fremdenfeindlicher und rassistischer sowie autoritärer Gesellschaftsvorstellungen wird unter dem Sammelbegriff Rechtsextremismus zusammengefasst. Die Umwandlung von nationalistischen und rassistischen Motiven in Feindbilder nennt man Rechtspopulismus. Beispielsweise schüren Rechtspopulist\*innen die Angst vor sozialem Abstieg und dem Verlust nationaler Souveränität. Dabei formulieren sie ein klares Freund-Feind-Muster. Ein gängiges rechtspopulistisches Argument ist etwa die „schleichende Islamisierung“ europäischer Gesellschaften oder die Zerstörung der eigenen kulturellen Identität durch den Multikulturalismus. Diese Argumente finden sich sowohl bei Pegida als auch bei der AfD wieder.<sup>1</sup>

**PEGIDA – PATRIOTISCHE EUROPÄER GEGEN DIE ISLAMISIERUNG DES ABENDLANDES**

Im Herbst 2014 bildete sich in Dresden eine Bürgerbewegung, deren zentrales Anliegen die Angst vor Überfremdung durch „den Islam“ in Deutschland und Europa ist. Unter dem Titel „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“, kurz Pegida, zogen bis zum Frühjahr 2015 jeden Montag Tausende Demonstrant\*innen durch die Dresdner Innenstadt. Pegida wuchs rasant an und zählte zu ihrem Höhepunkt schätzungsweise 25.000 Demonstrant\*innen.<sup>2</sup> Neben der Rückbesinnung auf die „christlich-abendländische“ Kultur in Deutschland und ihren Schutz wurde ebenso die Ansicht kundgetan, dass Muslime eine nicht willkommene und nicht integrationsfähige Minderheit in Deutschland seien. Bei den „Montagsdemonstrationen“ brachten sie weiterhin ihre generelle Unzufriedenheit mit der Politik, ihre Kritik an der Zuwanderung und ihr Misstrauen gegenüber den Medien („Lügenpresse“) zum Ausdruck.

QUELLE Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismussarbeit e. V. (IDA), salonfähig, trittsicher. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa, 2014: 19.







Mehrere Pegida-Ableger formierten sich unter anderen Kürzeln in weiteren deutschen Städten – beispielsweise „Legida“ in Leipzig oder „Kögida“ in Köln. Die Pegida-Ableger schafften es allerdings nicht, eine ähnlich große Anzahl an Teilnehmer\*innen wie die Dresdner Pegida zu mobilisieren. Viele Städte signalisierten ihre Ablehnung der Pegida-Bewegung und ihrer Ableger, die sie durch symbolische Aktionen unterstrichen: So wurde in Dresden beispielsweise die Beleuchtung der Semperoper und in Köln die Beleuchtung des Doms ausgeschaltet, um den Demonstrant\*innen keine Kulisse zu bieten.

Obwohl keine repräsentativen Untersuchungen zu den Pegida-Teilnehmer\*innen und -Sympathisant\*innen durchgeführt werden konnten – die Mitlaufenden verweigerten die Aussage und die Teilnahme an der Befragung –, kann aus Beobachtungen und

Medienberichten ein Bild des „typischen“ Pegida-Demonstranten gezeichnet werden: dieser ist demnach männlich, zwischen 40 und 60 Jahre alt und verortet sich selbst in der politischen Mitte bis rechts.<sup>3</sup>

Ob Pegida es schaffen wird, zu einer großen politischen Bewegung anzuwachsen und sich zu verstetigen, bleibt abzuwarten. Zwischenzeitlich verlor Pegida deutschlandweit an Relevanz, gewann aber im Zuge der Einwanderung Geflüchteter wieder an Bedeutung. Das „Phänomen Pegida“ bleibt in jedem Fall erhalten: Offene Ressentiments gegenüber Muslimen, Geflüchteten und anderen Minderheiten und rechtes Gedankengut scheinen in Deutschland wieder salonfähig geworden zu sein. Politische Rezepte dagegen sucht man bisher vergeblich.



**LITERATUR** 1 Häusler 2014, 16f 2 MDR Sachsen 2015 3 Ein Forscherteam an der Technischen Universität Dresden unter der Leitung von Prof. Dr. Hans Vorländer und ein Team rund um den Protestforscher Prof. Dr. Dieter Rucht vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) veröffentlichten u. a. nicht repräsentative Studien zu den Pegida-Demonstranten. Zu finden unter [http://tu-dresden.de/die\\_tu\\_dresden/fakultaeten/philosophische\\_fakultaet/ifpw/poltheo/news/vorlaender\\_herold\\_schaeller\\_pegida\\_studie](http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/philosophische_fakultaet/ifpw/poltheo/news/vorlaender_herold_schaeller_pegida_studie) (Zugriff am 13.01.2016) und WZB [http://www.wzb.eu/sites/default/files/u6/pegida-report\\_berlin\\_2015.pdf](http://www.wzb.eu/sites/default/files/u6/pegida-report_berlin_2015.pdf) (Zugriff am 24.07.2015).



## AFD – DIE ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND

**D**ie Diskussion um Zuwanderung und die Rolle „des Islam“ in Deutschland wird auch auf politischer Bühne geführt. Mit der Etablierung der Alternative für Deutschland (AfD) gibt es die erste rechtspopulistische Partei in der heutigen deutschen Parteienlandschaft. Im Zuge der „Flüchtlingskrise“ hat die AfD an Fahrt und Einfluss gewonnen.

Die AfD gründete sich 2013 im Zuge der Euro-Rettungspolitik als europakritische und liberalkonservative Partei. Doch im Juli 2015

kam es aufgrund von internen Machtansprüchen und Streitigkeiten über die Ausrichtung der Partei zur Spaltung. Die sich gegenüberstehenden Flügel innerhalb der Partei waren sich über die Themen Islam und Zuwanderung und die Haltung gegenüber Pegida uneinig. Der liberalkonservative Flügel unter dem AfD-Gründer Bernd Lucke verließ die AfD und formierte sich zur „Allianz für Fortschritt und Aufbruch“ (ALFA). Zurück blieb der nationalkonservative Flügel unter den Parteivorsitzenden Frauke Petry und Jörg Meuthen.<sup>1</sup>



LITERATUR 1 Decker 2015 2 Arzheimer 2016 3 ZEIT ONLINE 2016 4 Frankfurter Allgemeine Zeitung 2016



Die AfD versteht sich als eine Anti-Islam-Partei und befindet sich am äußeren rechten Rand des Parteienspektrums. Die AfD profitierte von der sogenannten „Flüchtlingskrise“: Sie positionierte sich mit drastischen Aussagen gegen die angeblich „unkontrollierte“ Einwanderung, forderte schnellere Abschiebungen und die Wiedereinführung von Grenzkontrollen. Ihre Haltung in der Flüchtlingsdebatte verschaffte der AfD in mehreren Landtagswahlen im Frühjahr 2016 großen Zuspruch. Beispielsweise erhielt sie in Sachsen-Anhalt 24,3 Prozent der Wählerstimmen.<sup>2</sup>

Gleichzeitig schockierten und provozierten einige Äußerungen des AfD-Parteivorstandes die Öffentlichkeit. So forderte die Parteivorsitzende Frauke Petry im Januar 2016, notfalls bei dem illegalen Grenzübertritt durch beim illegalen Grenzübertritt durch Geflüchtete

notfalls „von der Schusswaffe Gebrauch [zu] machen“.<sup>3</sup> Wenig später erklärte die stellvertretende Parteivorsitzende Beatrix von Storch: „Der Islam ist an sich eine politische Ideologie, die mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist“.<sup>4</sup> Der AfD wird vorgeworfen, mit gängigen Stereotypen und Vorurteilen gegenüber Islam und Muslimen Stimmungsmache in der Bevölkerung zu betreiben und zum Teil Öl in das Feuer der Debatten um Integration und Teilhabe zu gießen.

Welche Rolle die AfD zukünftig in der deutschen Parteienlandschaft und in der Gesellschaft spielen wird, bleibt abzuwarten. Fest steht jedoch schon jetzt, dass die Partei die Debatten rund um Islam und Zuwanderung in den kommenden Jahren mitbestimmen wird.

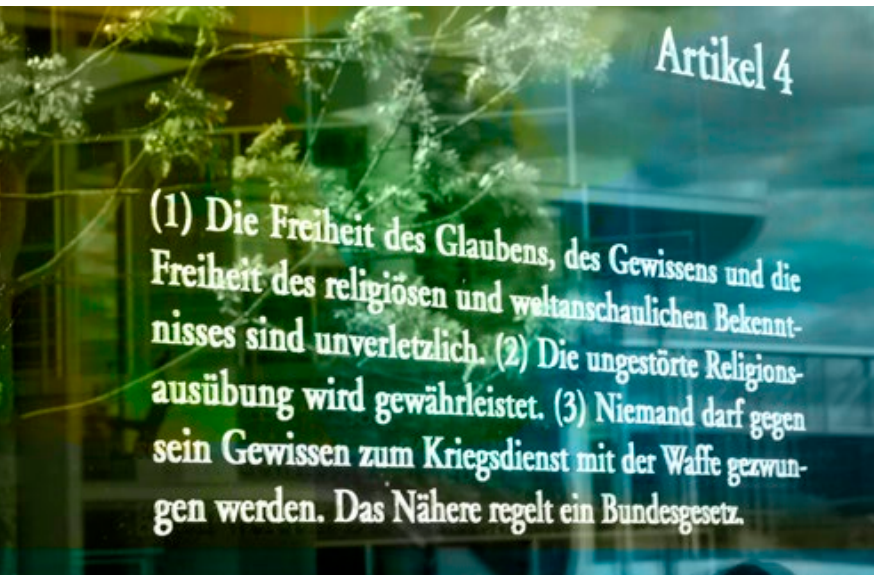
## KONFLIKTLINIEN IN DEUTSCHLAND AM BEISPIEL VON MOSCHEEBAUTEN UND ISLAMISCHEM KOPFTUCH

In Deutschland gibt es einige Streitthemen in Bezug auf die Glaubenspraxis von Muslimen, die öffentlich diskutiert und problematisiert werden. Ob und wo eine Moschee gebaut werden darf, gehört beispielsweise dazu. Sollten Moscheen in Innenstädten errichtet werden oder doch lieber in Gewerbegebieten? Dürfen sie ein Minarett haben, und wenn ja, wie hoch darf dieses sein? Und wie sieht es mit dem Gebetsruf durch einen Muezzin aus? Gerade konservative und rechtspopulistische Parteien und Bürgerbewegungen plädieren für mehr Einschränkungen und betreiben öffentliche Stimmungsmache.

Ein weiteres Thema, welches Medien und Gesellschaft immer wieder beschäftigt, ist die sogenannte „Kopftuchdebatte“. Dabei geht es

vor allem darum, ob muslimische Frauen im öffentlichen Dienst ein Kopftuch tragen dürfen oder ob dieses gegen das Neutralitätsgebot des Staates verstößt. Dabei steht vor allem der Lehrerberuf im Fokus. Gegner des Kopftuches argumentieren, dass das religiöse Kleidungsstück ein Symbol der Unterdrückung der Frau im Islam sei. Das Kopftuch würde gegen die Gleichstellung von Mann und Frau verstoßen. Muslimische Frauen selbst argumentieren jedoch, dass das Tragen des Kopftuches aus religiösen Gründen bindend und zentraler Bestandteil ihrer Religionsausübung sei.<sup>1</sup>

Im öffentlichen Dienst war das Tragen eines Kopftuches bisher verboten. Als Grund galt die staatliche Pflicht zu weltanschaulich-religiöser Neutralität. Muslimische Frauen, die beispielsweise Lehrerinnen waren, mussten ihr Kopftuch im Unterricht und in der Schule



ablegen. Viele wollten dies allerdings nicht tun, da sie sich in ihrer Glaubens- und Religionsfreiheit eingeschränkt sahen.

In der „Kopftuch-Frage“ gibt es bisher zwei wegweisende Urteile des Bundesverfassungsgerichtes. Die Lehrerin Fereshta Ludin klagte 2003 erfolgreich vor dem Bundesverfassungsgericht, um als Lehrerin mit Kopftuch an einer öffentlichen Schule in Baden-Württemberg angestellt zu werden. Das Gericht urteilte, dass für ein generelles Kopftuchverbot die gesetzliche Grundlage fehle. Gleichzeitig betonte das Gericht, dass die jeweilige Landesgesetzgebung über die religiöse Symbolik im öffentlichen Dienst entscheiden muss. Daraufhin entschieden mehrere Bundesländer, dass politische, weltanschauliche und religiöse Bekundungen im öffentlichen Dienst unzulässig seien. Gleichzeitig führten einige Bundesländer jedoch doppelte Standards ein, denn sie hielten in ihren Urteilen auch fest, dass christlich-abendländische Symbole und Kleidungsstücke keine Beeinträchtigung der staatlichen Neutralität und des Schulfriedens darstellen.<sup>2</sup>


Das Bundesverfassungsgericht revidierte sein Urteil von 2003 im Jahr 2015. Zwei Pädagoginnen aus Nordrhein-Westfalen hatten

Verfassungsbeschwerde gegen das Schulgesetz eingereicht, welches ihnen das Tragen eines Kopftuches bzw. „Kopftuchersatzes“ im Unterricht untersagte. Das Bundesverfassungsgericht beschloss daraufhin, dass ein „pauschales Kopftuchverbot für Lehrkräfte in öffentlichen Schulen mit der Verfassung nicht vereinbar“ sei. Die Bundesländer müssen nun ihre Gesetzeslage überprüfen und anpassen. Kritiker bemängeln, dass die Entscheidung des Gerichts Ermessensspielräume lässt, die zuungunsten von kopftuchtragenden Lehrerinnen genutzt werden könnten. Laut dem Gericht können Schulen Lehrerinnen das Kopftuchtragen nämlich verbieten, wenn es „den Schulfrieden oder die staatliche Neutralität“ beeinträchtigt.<sup>3</sup> Ab wann genau dies der Fall ist, erklärt das Gericht nicht. Die Entscheidung liegt demnach nun bei den einzelnen Schulleiter\*innen.



**LITERATUR** 1 Mediendienst Integration 2016 2 Sachverständigen Rat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) 2016, 152 3 Bundesverfassungsgericht 2015

# DIE JUNGE ISLAM KONFERENZ

A close-up photograph of a person's right hand, wearing a brown leather watch, gesturing with fingers slightly curled. The hand is positioned on the right side of the page, partially overlapping the text area. The background is a solid green color.

Nordrhein-Westfalen zeichnet sich durch seine gesellschaftliche Vielfalt und ein großes Netz an integrationspolitischen Strukturen und Maßnahmen aus. Die Integration und Partizipation von Einwohner\*innen mit Migrationshintergrund ist im einwohnerstärksten Bundesland weit vorangeschritten. Gleichzeitig betreffen die bundesweiten Ablehnungstendenzen gegenüber Muslimen auch diese Region.

# IN NORDRHEIN- WESTFALEN

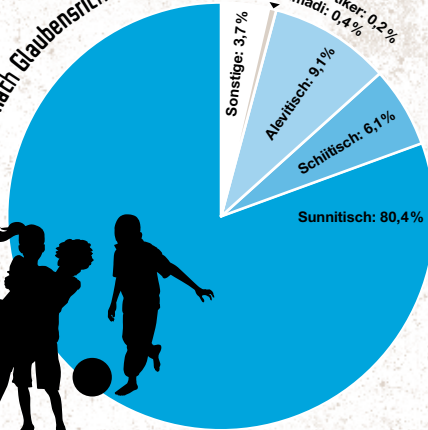


**MUSLIME IN NRW:  
ZAHLEN, DATEN, FAKTEN**

**1/3**  
der Muslime  
in Deutschland  
lebt im  
bevölkerungsreichsten  
Bundesland  
Nordrhein-Westfalen.



Muslime nach Glaubensrichtung in NRW<sup>1</sup>



Nur ein kleiner Teil der in den Haushalten lebenden Schüler\*innen mit Zuwanderungsgeschichte aus islamisch geprägten Ländern verweigert explizit den gemischtgeschlechtlichen Sport- und Schwimmunterricht, den Sexualkundeunterricht sowie mehrtägige Klassenfahrten. In Nordrhein-Westfalen **beteiligen sich 95,1%** der muslimischen Schüler\*innen **am Sportunterricht.**<sup>3</sup>

Viele der Muslime in NRW sind nach ihrer eigenen Selbsteinschätzung „eher gläubig“.

aber nur **38,4%** beten nach eigenen Angaben **täglich.**<sup>3</sup>

**68,4%**  
und damit die deutliche Mehrheit der gläubigen Musliminnen in NRW

**trägt kein Kopftuch.**

Von den stark gläubigen Musliminnen trägt jede Zweite immer, meistens oder manchmal ein Kopftuch.<sup>3</sup>



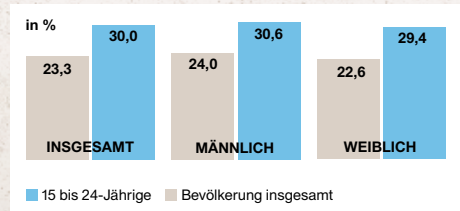
Im Vergleich zur gesamtdeutschen Gesellschaft, handelt es sich bei den in Nordrhein-Westfalen lebenden Muslimen um eine besonders junge Bevölkerung.

Das **Durchschnittsalter** der in Deutschland lebenden Muslime insgesamt liegt bei **30,1 Jahren.**<sup>3</sup>

**Altersstruktur der Personen mit Migrationshintergrund aus muslimisch geprägten Ländern in NRW<sup>1</sup>**

	in %			
SUNNITEN	25,4	16,5	53,3	4,8
SCHIITEN	23,5	15,1	59,0	2,4
ALEVITEN	20,1	13,5	61,7	4,7
SONSTIGE	31,0	7,5	58,8	2,7
JAHRE	0-15	16-24	25-64	65 und älter

**Bevölkerung mit Migrationshintergrund in NRW<sup>2</sup>**



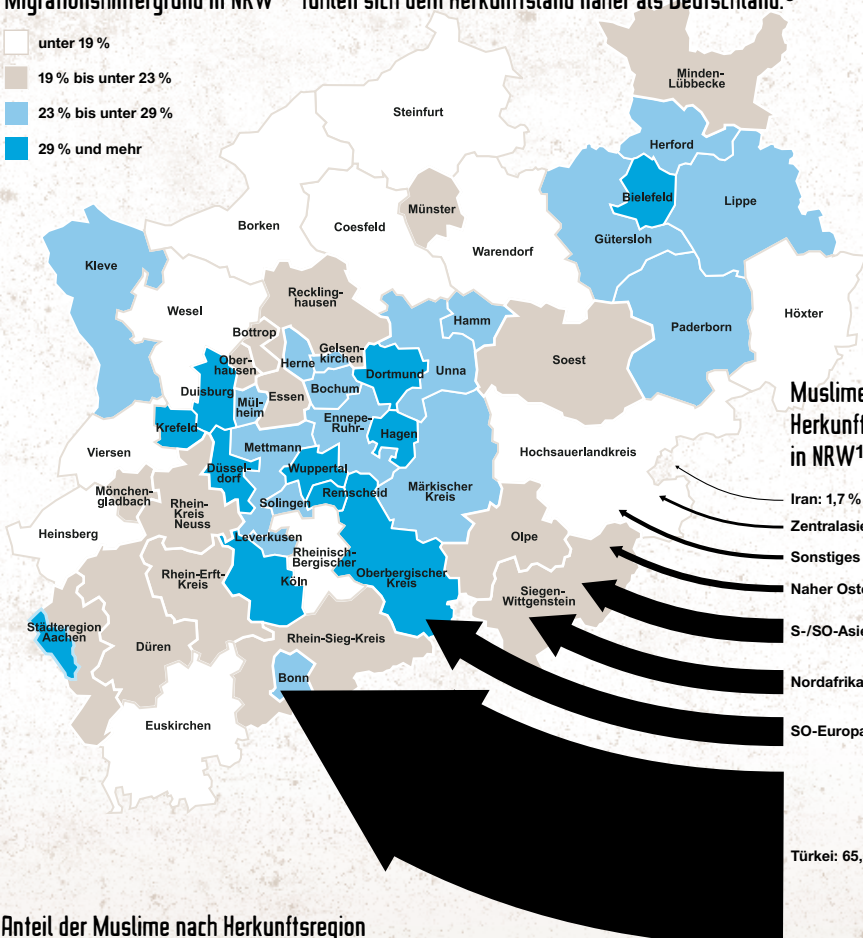
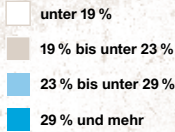


Die Mehrheit der Muslime in NRW gibt an, sich stark oder sehr stark mit Deutschland verbunden zu fühlen. 29,0 Prozent fühlen sich dem Herkunftsland näher als Deutschland.<sup>3</sup>

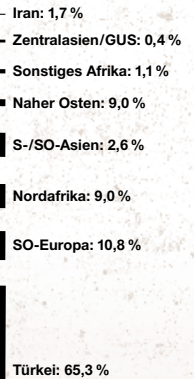


QUELLEN 1 Muslimisches Leben in Nordrhein-Westfalen. 2 Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) 3 MAIS 2010

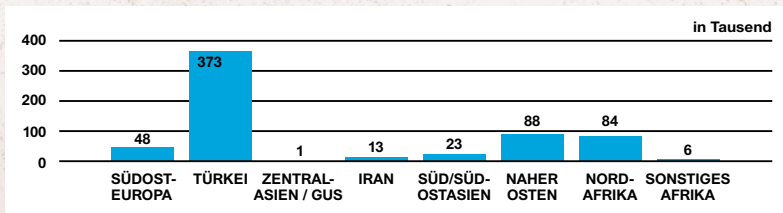
Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in NRW



Muslime nach Herkunftsregion in NRW<sup>1</sup>



Anteil der Muslime nach Herkunftsregion in Nordrhein-Westfalen und Deutschland insgesamt im Vergleich<sup>2</sup> (MITTLERER WERT)



2014 hatte  
jede\*r vierte **#Einwohner\*in**  
Nordrhein-Westfalens einen  
**#Migrationshintergrund.**

*In der Gruppe der Drei- bis unter Sechsjährigen liegt der Anteil mit Migrationshintergrund landesweit bei fast 40 Prozent.*



**NORDRHEIN-WESTFALEN:  
ZAHLEN UND FAKTEN**

**N**RW ist mit rund 17,6 Millionen Einwohner\*innen das bevölkerungsreichste Bundesland in Deutschland. Die städtischen Ballungszentren an Rhein und Ruhr gehören zu den größten Metropolregionen weltweit. Das Ruhrgebiet ist dank seiner historischen Bedeutung von Bergbau und Industrie eine der vielfältigsten Gebiete in der Bundesrepublik. Viele der sogenannten Gastarbeiter\*innen kamen im Zuge der Anwerbepolitik seit den 1950er-Jahren nach NRW und bestimmten die gesellschaftliche Vielfalt maßgeblich mit. Ihnen folgten unter anderem Spätaussiedler\*innen, Geflüchtete sowie

jüdische Zuwander\*innen.<sup>1</sup> Auch die aktuellen weltweiten Flüchtlingsbewegungen haben einen Einfluss auf die Bevölkerungsstruktur des Landes.

Im Jahr 2014 lebten über 4 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in NRW – in Deutschland geborene Kinder, von denen mindestens ein Elternteil eingewandert ist, inbegriffen.<sup>2</sup> Fast ein Viertel leben an Rhein und Ruhr. Ihr Durchschnittsalter ist niedriger als das der Einwohner\*innen ohne Migrationshintergrund.

Die größte Gruppe der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sind Menschen türkischer Herkunft. Dahinter folgen Personen polnischer, russischer und kasachischer Herkunft. Fast 60 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit.<sup>3</sup>



**LITERATUR** 1 Ministerium für Arbeit 2016 2 IT.NRW 2015 3 IT.NRW 2015

4 Haug, Müssig und Stichs 2009, 108 5 Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen 2015

6 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016 7 Chbib 2015, 8–9

## MUSLIME IN NRW: ORGANISATIONS- FORMEN UND VERBÄNDE

Von den 3,8–4,3 Millionen in Deutschland lebenden Muslimen sind rund 1,5 Millionen in NRW zu Hause.<sup>4</sup> Während über die Hälfte der Muslime in NRW ursprünglich aus der Türkei stammen, kommen rund ein Fünftel aus südosteuropäischen Herkunftsländern wie Bosnien, Albanien und Bulgarien sowie mehr als ein Viertel aus arabischen, zentralasiatischen und afrikanischen Staaten. Dies führt wiederum dazu, dass der Islam in NRW von unterschiedlichen kulturellen sowie religiösen Traditionen und verschiedenen Strömungen geprägt ist: 80,4 Prozent gehören der sunnitischen Glaubensrichtung an und 6,1 Prozent sind Schiiten; schätzungsweise weitere 9,1 Prozent sind Aleviten.<sup>5</sup> Nach Angaben des Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) stammen die neuen Asylbewerber\*innen in Deutschland zu einem großen Teil aus islamisch geprägten Ländern.<sup>6</sup>

## GESCHICHTE DER MUSLIMISCHEN ORGANISATIONEN IN NRW

Die erste Moschee in NRW „Islamisches Zentrum Aachen“ wurde 1964 von muslimischen Studierenden aus verschiedenen Herkunftsländern errichtet. Arbeiter\*innen aus der Türkei, Nordafrika und Südosteuropa hingegen trafen sich jeweils zum gemeinschaftlichen Gebet und zur herkunftsorientierten Zusammenkunft in gemieteten Räumen. Im Jahr 2008 zählte NRW 782 islamische Gemeinschaften: kleine Gebetsräume, größere Moscheevereine, Cem-Einrichtungen und Sufi-Gruppen. 86 Prozent gehörten der sunnitischen, 5 Prozent der alevitischen, 3 Prozent der Ahmadiyya- und weitere 3 Prozent der schiitischen Strömung an.<sup>7</sup>



Konfessionell übergreifende islamische Verbände  
ZMD, ISLAMRAT



QUELLE Organisationsweisen  
glaubensgemeinschaftlicher Aktivitäten von Muslimen  
in NRW nach Glaubensrichtungen (Stand: 2010).

## **DACHVERBÄNDE UND GRUPPIERUNGEN**

Die Dachverbände, die im zweiten Kapitel ab Seite 24 vorgestellt wurden, sind auch in NRW aktiv und haben hier überwiegend ihren Hauptsitz. Rund die Hälfte der türkisch-sunnitischen Gebetsstätten in NRW sind innerhalb der in Köln ansässigen DITIB organisiert. Mehrere Vereinigungen in NRW haben sich dem ZMD angeschlossen, darunter die Deutsche Muslim-Liga Bonn e.V. (DMLB), der Deutsch-Islamische Vereinsverband Rhein-Main e.V. (DIV, gegründet 2001) und die Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland e.V. (IGDB, gegründet 1994 in Dortmund). Die schiitischen Muslime in NRW sind seit 2009 im Dachverband der Islamischen Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden in Deutschland e.V. (IGS) organisiert. Die Ahmadis sind mit 35 Gemeinden in NRW vertreten und vollständig in dem zentral verwalteten Verband Ahmadiyya Muslim Jamaat e.V. (AMJ) organisiert.

Weitere 0,2 Prozent der Muslime in NRW werden dem Sufismus zugerechnet. Darüber hinaus bleiben Gemeinden muslimischer Neuzuwander\*innen, Gemeinschaften von Muslimen aus anderen Herkunftsländern, die in vergleichsweise geringer Zahl vertreten sind, oder multiethnisch zusammengesetzte Gruppierungen, meist dachverbandslos, wie beispielsweise die Islamische Kultur Union der Roma e.V. (IKUR, 2002 in Düsseldorf gegründet), der Liberal-Islamische Bund e.V. (LIB, 2010 in Köln gegründet) oder die Muslimische Jugend in Deutschland e.V. (MJD, 1994 gegründet).<sup>1</sup>

## **BEDEUTUNG VON VERSCHIEDENEN INTERESSENSVERBÄNDE**

Die einzelnen Verbände stellen nicht nur die religiösen Strukturen sowie kulturelle, soziale, pädagogische und sportliche Angebote für ihre Besucher\*innen und Mitglieder bereit. Sie haben sich zudem als Interessensvertretung und als zivilgesellschaftliche Akteure etabliert. Im Laufe der Zeit haben sich neben den Dachverbänden weitere Interessensgruppen gebildet, die vielfältige Ziele verfolgen, von Self-Empowerment über Antidiskriminierung bis hin zu Wohlfahrtspflege, Bildungs- und Jugendarbeit.





## MUSLIMISCHE JUGENDARBEIT

Innerhalb der bereits existierenden religiösen Organisationen in NRW wurden einige Jugendverbände gegründet: seit 1999 gibt es den Bund der Alevitischen Jugendlichen (BDAJ), seit 2013 den Landesjugendverband NRW der DITIB (organisiert im Bund der Muslimischen Jugend), seit 2010 den Jugendverband der IGMG und seit 2015 den Jugendverband der ZMD. Aber auch außerhalb der großen Verbände organisieren sich Jugendliche selbst. Seit 1995 gibt es die Muslimische Jugend in Deutschland (MJD), die in NRW vier Lokalkreise (Aachen, Köln, Dortmund und

Bielefeld) unterhält. In ihren Angeboten, Projekten und Ambitionen unterscheiden sich die muslimischen Jugendverbände wenig von anderen religiösen Jugendverbänden in Deutschland. Über religiöse, soziale, bildungs- und berufsorientierte bis hin zu gesellschaftspolitischen Angeboten bieten die Jugendverbände Beratungen, Fortbildungen und Freizeitaktivitäten an. Oft sind sie mit unterschiedlichen Verbänden und Institutionen gut vernetzt und erhalten Förderungen durch die Dachverbände und Behörden auf kommunaler, Landes- sowie Bundesebene.<sup>1</sup>

## MUSLIME AN HOCHSCHULEN

**E**inzelne Hochschulgemeinden und -vereinigungen beschäftigen sich an nordrhein-westfälischen Universitäten mit Belangen, Anfragen und Interessen von muslimischen Studierenden. Sie organisieren außerdem Informations- und Dialogveranstaltungen, um an Hochschulen die Begegnung von und den Dialog unter muslimischen und nichtmuslimischen Studierenden anzuregen. Aktuell beschäftigen sich die meisten muslimischen Hochschulgruppen mit der Frage, ob und wo an Hochschulen Orte für Religion und Spiritualität – in Form von Gebetsräumen – zu finden sein sollten. Dieses Thema hat in der Vergangenheit, gerade im Ruhrgebiet, für Aufsehen gesorgt.

Die Mehrzahl der muslimischen Hochschulgruppen in NRW ist zusammen mit muslimischen Akademiker\*innen und Expert\*innen aus verschiedenen Fachgebieten im Dachverband Rat der Muslimischen Studierenden und Akademiker (RAMSA) organisiert.

## MUSLIMISCHE FRAUENORGANISATIONEN

**G**erade wenn es um die Rolle muslimischer Frauen geht, wird medial, gesellschaftlich und politisch häufig kontrovers bis scharf, unsachlich und vorverurteilend diskutiert. Und das meistens nicht im Dialog mit den Frauen selbst, sondern vielmehr über sie. Dabei organisieren sich seit den 1990ern muslimische Frauen in NRW zu verschiedenen Themen, in Arbeits- und Kompetenzbereichen und gründen Initiativen und Vereine. Zu den Initiativen gehören unter anderem das Aktionsbündnis Muslimischer Frauen (AMF), das Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen (BFmF), die Fraueninitiative für Bildung und Beratung (FIBer), das Mina-Muslimische Frauenbildungszentrum und das Zentrum für Islamische Frauenforschung (ZIF). Darüber hinaus gründen sich inzwischen innerhalb der existierenden religiösen Organisationen, wie beispielsweise in der DITIB, Verbände für Frauenarbeit, um die Partizipation von Frauen in den Gemeinden strukturell zu ermöglichen und ihre Rolle zu stärken.



**LITERATUR** 1 Zu lesen in den Selbstdarstellungen der Verbände

# Religions Freiheit

## GLEICHBERECHTIGTE GLAUBENSAUSÜBUNG

**D**ie gesellschaftliche Teilhabe von Muslimen in NRW äußert sich in unterschiedlicher Form. Zwei Aspekte sind das Begehen von islamischen Feiertagen und die Inanspruchnahme von Religionsunterricht an öffentlichen Schulen.

### **GLAUBENSAUSÜBUNG UND FEIERTAGE**

Bisher gibt es in NRW keine gesetzliche Verankerung muslimischer Feiertage, und noch ist dies auch nicht geplant. Stattdessen setzt die Landesregierung auf ein Entgegenkommen der Arbeitgeber\*innen, ihren muslimischen Arbeitnehmer\*innen die Teilnahme an religiösen Feierlichkeiten zu ermöglichen. Solch ein Entgegenkommen seitens der Schulen ist durch einen Runderlass in NRW seit 1980 fest verankert. Demnach können Schüler\*innen an religiösen Feiertagen beurlaubt werden, wenn das sogenannte „Gebot der Feiertagsheiligung“ für die Religionsgemeinschaft bindend ist, und die Schüler\*innen wirklich Mitglieder der Religionsgemeinschaft sind. Wurde eine Beurlaubung einmal erteilt, gilt sie für die gesamte Schulzeit. <sup>1</sup>

### **ISLAMISCHER RELIGIONSUNTERRICHT (IRU)**

NRW ist das erste Bundesland, das einen bekenntnisorientierten IRU als ordentliches Schulfach eingeführt hat. <sup>2</sup> Schon als das Ministerium für Schule und Weiterbildung 2011 vom nordrhein-westfälischen Landtag die Erlaubnis erhielt, übergangsweise den IRU einzuführen, war dies ein Meilenstein für die gesellschaftliche Teilhabe von Muslimen über NRW hinaus.

Ansprechpartner für das Ministerium für Schule und Weiterbildung für den IRU ist ein achtköpfiger Beirat (vier Vertreter\*innen der KRM-Verbände und vier Fachleute). Dieser wirkt unter anderem bei der Erstellung von Unterrichtsvorgaben und der Auswahl der Lehrpläne und Materialien mit. Da das Religionsverfassungsrecht die Erteilung von Religionsunterricht an die rechtliche Anerkennung als Religionsgemeinschaft bindet, bedurfte es in NRW einer Sonderregelung. Außer der alevitischen Gemeinde ist bisher nämlich kein islamischer Verband in NRW als Religionsgemeinschaft anerkannt.

Der IRU in NRW wird als ordentliches Schulfach seit dem Schuljahr 2012/2013 an zurzeit 116 Grundschulen und seit dem Schuljahr 2013/2014 an zurzeit 81 Sek-I-Schulen unterrichtet. Zum Schuljahr 2016/2017 wird der IRU auch in der gymnasialen Oberstufe (Gymnasien/Gesamtschulen) eingeführt. Vier Schulen bieten das Fach in der Oberstufe



an. 167 Lehrkräfte unterrichten etwa 15.800 Schüler\*innen muslimischen Glaubens. 224 Lehrkräfte haben die Unterrichtserlaubnis für den IRU erhalten. Damit ist die Grundlage geschaffen, den IRU an Grundschulen und weiterführenden Schulen auszuweiten.

An der Universität Münster werden jährlich bis zu 80 angehende Lehrkräfte für den IRU ausgebildet. Da erst ab 2017 die ersten Absolvent\*innen des Studiengangs für islamische Religionspädagogik in den Vorbereitungsdienst der Schulen kommen werden, wird zurzeit der Bedarf an Lehrkräften vor allem über spezielle Fortbildungen gedeckt.

### **ALEVITISCHER RELIGIONSUNTERRICHT (ARU)**

Bereits 2007/2008 wurde der ARU landesweit an zunächst zunächst an sieben Grundschulen in Dortmund, Bergkamen, Duisburg, Köln und Wuppertal eingerichtet. Im März 2016 nahmen 354 Schüler\*innen in 23 Gruppen daran teil. Seit dem zweiten Schulhalbjahr 2011/2012 bietet eine Gesamtschule in Duisburg als Vorreiter der ARU in der Sekundarstufe I an. Die Lehrpläne wurden von einer staatlichen Lehrplankommission zusammen mit dem AABF entwickelt. Allerdings fehlen hierfür die Lehrkräfte, die durch die Bezirksregierung

Köln im Auftrag des Schulministeriums in Zusammenarbeit mit der AABF fortgebildet werden; einen universitären Lehrgang gibt es bisher in NRW nicht.

Da die AABF in Nordrhein-Westfalen als Religionsgemeinschaft anerkannt ist, waren die Hürden zur Einführung erheblich niedriger als bei der Einführung des allgemeinen IRU. Der ARU ist bekenntnisorientiert und ein ordentliches Schulfach im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.<sup>3</sup>

### **ISLAMISCHE THEOLOGIE**

Durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrats<sup>4</sup> wurde im Oktober 2011 das Zentrum für Islamische Theologie (ZIT) an der Westfälischen Wilhelms-Universität (WWU) in Münster gegründet. Seit dem Wintersemester 2012/2013 werden hier als bisher einziges seiner Art in NRW – in Kooperation mit dem Institut für Islamische Theologie der Universität Osnabrück – Religionslehrer\*innen, Imame und muslimische Theolog\*innen ausgebildet. Ein Beirat vertritt die Anliegen und die Interessen der islamischen Glaubensgemeinschaften bei der Errichtung und Ausgestaltung islamischer Theologie an der Hochschule.<sup>5</sup> Zudem wird im Projekt „ZIT 2015“ der Bau eines Moschee-Komplexes zur Vereinigung von wissenschaftlicher Forschung, theoretischer Ausbildung und religionspraktischer Ausübung unter einem Dach angestrebt.<sup>6</sup>



#### **LITERATUR 1** von Galen 2014 **2** MiGAZIN, Religionsunterricht, 2015

**3** Schminke 2012 sowie Qualitäts- und Unterstützungsagentur und Landesinstitut für Schule 2012 und im Gespräch mit Yilmaz Kahraman (AABF Köln) **4** Wikipedia 2016: Wissenschaftsrat: „Der Wissenschaftsrat ist das wichtigste wissenschaftspolitische Beratungsgremium in Deutschland. Er (...) berät Bund und Länder in Fragen der inhaltlichen und strukturellen Weiterentwicklung des Hochschulsystems (...).“ **5** Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Statut für das Centrum für Religiöse Studien 2012 **6** Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Zentrum für Islamische Studien 2015

## **ANTIMUSLIMISCHE EINSTELLUNGEN IN DER GESELLSCHAFT**

**F**remdenfeindliche Übergriffe, antimuslimische Ressentiments und Gewalttaten sind in NRW Realität. Auch hier sind wie im übrigen Bundesgebiet die Abwertungstendenzen gegenüber Islam und Muslimen sowie Migrant\*innen und Asylsuchenden hoch.

### **MOSCHEEN ALS ZIELSCHEIBE**

Nach den Terroranschlägen in Paris im November und den Vorfällen der Kölner Silvesternacht im Jahr 2015 haben die fremdenfeindlichen, antimuslimischen und rassistischen Angriffe auf Personen und Einrichtungen in NRW zugenommen. Besonders häufig sind davon Moscheen betroffen.<sup>1</sup> Umfragen und Studien zufolge steigt die Zahl der Moscheeangriffe in Deutschland seit 2010 kontinuierlich. Allein in den letzten drei Monaten des Jahres 2015 wurden bundesweit 72 Übergriffe auf Moscheen registriert. Die Mehrzahl fand demnach in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen statt.<sup>2</sup> Die Übergriffe reichten von Schmierereien, Vandalismus und schwerer Brandstiftung bis hin zum Verfassen von Drohbriefen und der Schändung von Gebäuden mit Schweinefleisch oder -blut.

### **ISLAMKRITISCHE BEWEGUNGEN, INITIATIVEN UND PARTEIEN**

Bei der Landtagswahl 2012 in NRW holte die rechtspopulistische Partei „Pro NRW“ 1,5 Prozent der Wählerstimmen und fiel in der Vergangenheit immer wieder mit islam- und fremdenfeindlichen Parolen und Demonstrationen auf.<sup>3</sup> Ihren Ursprung hat sie in der 1996 gegründeten Bürgerbewegung „Pro Köln“, und diese wiederum in der rechtsextremen „Deutschen Liga für Volk und Heimat“.<sup>4</sup>

Nach eigenen Aussagen verfügt „Pro NRW“ über acht Bezirks- und 53 Kreisverbände. Neben den Kreisverbänden in Bonn, Aachen, Duisburg, Essen, Leverkusen und Wuppertal ist der Kreisverband „Pro Köln“ der mitgliederstärkste und aktivste. Seit der Kommunalwahl im Jahr 2004 sitzt er im Rat der Stadt Köln und besitzt den Fraktionsstatus.

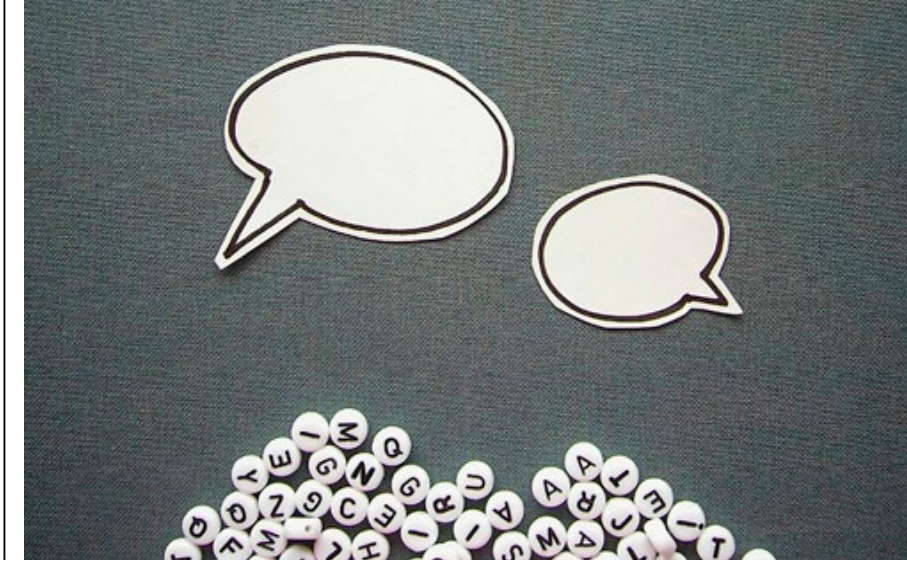
Die Rhetorik und die Aktivitäten von „Pro NRW“ erinnern an die von PEGIDA und der AfD. So hielt „Pro NRW“ in der Vergangenheit regelmäßig Kundgebungen vor oder in der Nähe von Moscheen, islamischen Kulturzentren und Asylbewerberunterkünften ab, wie beispielsweise in Bochum, Bonn-Bad Godesberg, Duisburg, Essen, Hattingen, Remscheid oder Witten. Oft fallen die Demonstrationen auf geschichtsträchtige Tage wie den 9. November. Die Partei kündigte an, „gegen protzige Moschee-Neubauten“ vorzugehen, denn diese betrachtet sie als „versuchte steingewordene Landnahme des Islams in Deutschland“. Sie spricht in ihrem Grundsatzprogramm „7 Punkte pro NRW“ und in ihren Wahlprogrammen von „Überfremdung“ durch hauptsächlich muslimische Migrant\*innen und von „Islamisierung“.<sup>5</sup> Zudem stellt sie Begriffe wie „ethnische und soziale Brennpunktviertel“ zur Debatte, um die sogenannte „Nulltoleranzstrategie“ und die Bekämpfung von „islamischen Parallelgesellschaften“ zu fordern. Unter dem Motto „Armutszuwanderung, Überfremdung und Islamisierung stoppen“ veranstaltete „Pro NRW“ 2014 eine Wahlkampf tour durch 15 Städte in NRW.<sup>6</sup>



**LITERATUR** <sup>1</sup> MiGAZIN, Islamvertreter, 2016 <sup>2</sup> Jelpke 2016 <sup>3</sup> Die Landeswahlleiterin des Landes 2012

<sup>4</sup> Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen 2005, 74 | Häusler 2008, 13 <sup>5</sup> Bundeswahlleiter 2013

<sup>6</sup> Deutscher Bundestag 2014 <sup>7</sup> Hild 2016 | Laurenz 2016 | RP Online, Die Zahl der Bürgerwehren steigt an 2016 | RP Online, Bürgerwehr belastet Polizei zusätzlich 2016 <sup>8</sup> NRW 2012 und Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen 2016



## **BÜRGERWEHREN**

Nach den Übergriffen in der Kölner Silvesternacht riefen Anfang 2016 selbst ernannte Aufpasser\*innen in mehreren nordrhein-westfälischen Städten zur Gründung von sogenannten Bürgerwehren auf. Ihrer Meinung nach vernachlässigte der Staat seine Pflicht, Recht und Ordnung zu wahren. Deshalb folgten sie ihrem selbst bestimmten Ziel, die vermeintlich fehlende Sicherheit in deutschen Städten wiederherzustellen und Übergriffe „krimineller Ausländer“ zu vereiteln – „man wolle ordentlich aufräumen“. In Bielefeld, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen, Hamm, Köln, Krefeld, Mönchengladbach, Neuss, Oberhausen, Witten und im Kreis Soest organisierten sich hauptsächlich Männer über die sozialen Medien, um in der Dunkelheit durch die Städte zu patrouillieren. In Köln kam es sogar zu tätlichen Angriffen auf Migrant\*innen. Mit der Zeit lösten sich diese Bürgerwehren jedoch auf. <sup>7</sup>

## **MANAGEMENT DER VIELFALT: INTEGRATIONSSTRUKTUREN IN NRW**

**A**m 8. Februar 2012 verabschiedete der nordrhein-westfälische Landtag das Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen. Ziel des Gesetzes ist es, das Zusammenleben von Einwohner\*innen mit und ohne Migrationshintergrund positiv und gleichberechtigt zu gestalten. Die Stärkung des Zusammenhalts der Gesellschaft steht im Mittelpunkt, zum Beispiel durch die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung sowie durch die Förderung der sozialen, gesellschaftlichen und politischen Teilhabe. Außerdem enthält das Gesetz die Selbstverpflichtung zur interkulturellen Öffnung der Landesverwaltung. <sup>8</sup>

## INTEGRATIONSINFRASTRUKTUR

In NRW gibt es ein umfassendes Netz von kommunalen und staatlichen Strukturen sowie vielfältige Maßnahmen zur Unterstützung, Begleitung und Sicherung der Integration von bereits länger hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund und von neuen Zuwanderer\*innen. Eine Vielzahl an Organisationen, Vereinen und Verbänden setzt sich für eine erfolgreiche Integration ein.

Zu den wesentlichen Bausteinen der landesgeförderten integrationspolitischen Infrastruktur gehören:

–

### Kommunale Integrationszentren (KI)

KI sind Einrichtungen der Kreise und kreisfreien Städte in NRW. Schon Ende des Jahres 2012 gingen die ersten KI an den Start. Inzwischen haben an 52 Standorten alle kreisfreien Städte und nahezu alle Kreise in NRW eine entsprechende Einrichtung. Sie vernetzen und koordinieren die im Integrationsgeschehen wichtigen Akteure. Konzeptionell gibt es zwei zentrale Arbeitsschwerpunkte: „Integration durch Bildung“ (migrationssensible pädagogische Arbeit entlang der Bildungskette) und „Integration als Querschnittsaufgabe“ (darunter unter anderem die Themenfelder Arbeitsmarkt, Jugend, Senioren, Gesundheit, Wohnen und Sport). Bei der Integration Geflüchteter übernehmen die KI zunehmend mehr Aufgaben, wie etwa bei der Unterstützung und Qualifizierung von ehrenamtlichen Helfer\*innen. Über das Programm „KOMM-AN NRW“ erhalten sie daher zusätzliche Landesmittel für Personal und für konkrete Maßnahmen, die an die Akteure weitergegeben werden.

Mit der Landesweiten Koordinierungsstelle (LaKI) wird der KI-Verband unterstützt. Zu ihren Aufgaben gehören auch die gemeinsame Entwicklung von Qualitätsstandards zur kommunalen Integrations- und Bildungsarbeit sowie die Professionalisierung im Verbund.<sup>1</sup>

–

## Integrationsagenturen (IA)

Die landesweit 163 IA in Trägerschaft der Freien Wohlfahrtspflege bilden ein weiteres Kernelement der Integrationspolitik des Landes. Ihre Aufgabe ist es, Beiträge und Hilfen für eine wirksame Integration vor Ort anzuzubringen und in Zusammenarbeit mit beispielsweise freien und öffentlichen Trägern oder Migrantenselbstorganisationen umzusetzen. Zu diesem Zweck arbeiten die IA in den vier Feldern „Sozialraumorientierte Arbeit“, „Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von und für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte“, „Interkulturelle Öffnung von Diensten und Einrichtungen“ und „Antidiskriminierung“. So gewinnen, qualifizieren und begleiten sie beispielsweise Ehrenamtliche, unterstützen Migrantenselbstorganisationen und helfen Diensten und Einrichtungen bei ihrer „interkulturellen Öffnung“. Fünf Integrationsagenturen haben darüber hinaus eine besondere Servicefunktion. Sie bieten qualifizierte Antidiskriminierungsberatung und Opferschutz an. Zudem klären sie über Diskriminierung auf und bieten Fortbildungen an.

Die IA bringen sich im Rahmen von „KOMM-AN NRW“ bei der Integration von Geflüchteten aktiv ein, indem sie ihre Aktivitäten und Projekte auf Prävention und Bekämpfung von allen Formen der Diskriminierung, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus ausrichten und die Menschen, Einheimische und Geflüchtete gleichermaßen, in den Blick nehmen.<sup>2</sup>

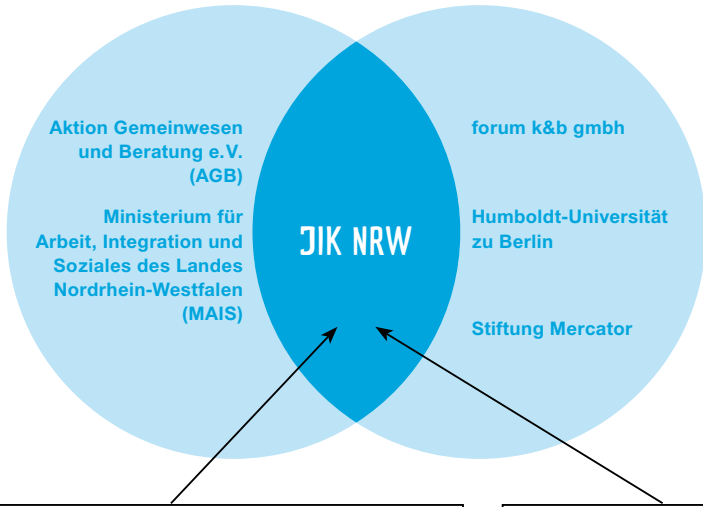
–

### Migrantenselbstorganisationen (MSO)

Mit ihrem bürgerschaftlichen Engagement stellen die Organisationen der Migrant\*innen eine wichtige Säule der Integration in NRW dar. Sowohl als Interessensvertretung ihrer Mitglieder als auch als Träger sozialer und



# BEGELEITGREMIIEN der JIK NRW



## Beirat JIK NRW

Anti-Rassismus Informationszentrum ARIC-NRW  
 Arbeitsgemeinschaft Offene Türen NRW (AGOT-NRW)  
 Ausbildungszentrum der Bauindustrie Kerpen (ABZ)  
 Bund der Alevitischen Jugend NRW (BDAJ)  
 DGB Jugend NRW  
 Hanse-Berufskolleg Lemgo  
 Jugendverband der IGMG NRW  
 Jugendarbeit der VIKZ  
 Jugendverband des Zentralrat der Muslime (ZMD)  
 Kinder- und Jugendrat NRW  
 Landeszentrale für politische Bildung NRW (LZpB)  
 Landesjugendring NRW  
 Landesjugendwerk der DITIB NRW / Bund der Muslimischen Jugend (BDMJ)  
 Landesweite Koordinierungsstelle der Kommunalen Integrationszentren (LaKI)  
 Paritätisches Jugendwerk NRW  
 Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung NRW  
 Rat der Muslimischen Studierenden und Akademiker (RAMSA)  
 Stiftung Mercator

## Fachkreis JIK NRW

Landeszentrale für politische Bildung (LZpB)  
 Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales (MAIS)  
 Ministerium für Schule und Weiterbildung (MSW)  
 Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport (MFKJKS)  
 Stiftung Mercator

QUELLE  
 Junge Islam Konferenz

integrativer Dienstleistungen nehmen MSO eine wichtige Rolle in der Gesellschaft ein. Zunehmend werden dabei ihre Leistungen und Potenziale in der Integrationsarbeit wahrgenommen und geschätzt. Die Organisationen von Migrant\*innen sind zudem wichtige Kooperationspartner für die Landesregierung. Das Land NRW unterstützt diesen Einsatz bereits seit den 1990er-Jahren unter anderem durch gezielte Förderprogramme.

## **ZUSAMMENARBEIT MIT DEN ISLAMISCHEN ORGANISATIONEN**

### **Das dialog forum islam (dfi)**

Das dfi unter der Leitung des Ministers für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen wurde im Jahr 2012 von der Landesregierung als Beratungsgremium eingerichtet, um die Kooperationen mit den alevitischen und den muslimischen Verbänden auszubauen. Im dfi arbeiten Vertreter\*innen der Landesressorts, der Alevitischen Gemeinde Deutschland (AABF) und der vier Mitgliedsverbände des Koordinationsrates der Muslime (KRM). Diese sind die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB), der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (Islamrat), der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) und der Zentralrat der Muslime (ZMD). Außerdem gehören fünf muslimische Expert\*innen aus den Bereichen Religionsunterricht, Frauen und Wissenschaft zum festen Teilnehmerkreis dieses Dialogforums.<sup>1</sup>

## **Verleihung des Körperschaftsstatus – Neuregelung in NRW**

Für gesellschaftliche sowie politische Teilhabe religiöser Minderheiten ist es von großer Bedeutung, wie und unter welchen Voraussetzungen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften Körperschaftsrechte (siehe Kapitel 2, Seite 26) erhalten können. NRW hat im September 2014 das „Gesetz zur Regelung der Verleihung von Körperschaftsrechten an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften“ (Körperschaftsstatusgesetz) erlassen. Dadurch wird nun erstmals gesetzlich geregelt, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um den Körperschaftsstatus zu erhalten, und unter welchen Umständen dieser Status wieder entzogen werden kann.

### **Staatliche Kooperation mit Muslimen**

Eine weitere Möglichkeit für Muslime partizipative Rechte zu erlangen, ist die Schließung eines Staatsvertrages, wie in Bremen und Hamburg geschehen.

In NRW existiert ein solcher Staatsvertrag nicht. Die islamischen Verbände beschreiben hier einen anderen Weg. Alle vier Landesverbände von DITIB, Islamrat, VIKZ und ZMD haben in NRW den formalen Antrag auf Anerkennung als Religionsgemeinschaften gestellt. Der Anerkennungsprozess ist allerdings noch nicht abgeschlossen. Anders bei den Aleviten: Sie sind in NRW als Religionsgemeinschaft anerkannt.



GUT ZU WISSEN



## ABKÜRZUNGEN

### A

**AABF** ..... Alevitische Gemeinde Deutschland e.V.  
**AfD** ..... Alternative für Deutschland  
**AG** ..... Arbeitsgemeinschaft  
**AGG** ..... Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz  
**ALFA** ..... Allianz für Fortschritt und Aufbruch  
**AMF** ..... Aktionsbündnis Muslimischer Frauen  
**AMJ** ..... Ahmaddiya Muslim Jamaat e.V.  
**ARU** ..... Alevitischer Religionsunterricht

### B

**BAMF** ..... Bundesamt für Migration und Flüchtlinge  
**BDAJ** ..... Bund der Alevitischen Jugendlichen  
**BfMf** ..... Begegnungs- und Fortbildungszentrum  
..... muslimischer Frauen  
**BIM** ..... Berliner Institut für empirische  
..... Integrations- und Migrationsforschung  
**BKA** ..... Bundeskriminalamt  
**BRD** ..... Bundesrepublik Deutschland

### C

**CDU** ... Christlich Demokratische Union Deutschlands

### D

**DDR** ..... Deutsche Demokratische Republik  
**dfi** ..... dialog forum islam (NRW)  
**DIK** ..... Deutsche Islam Konferenz  
**DITIB** ..... Türkisch-Islamische Union  
..... der Anstalt für Religion e.V.  
**DMLB** ..... Deutsche Muslim-Liga Bonn e.V.  
**DIV** ..... Deutsch-Islamischer Vereinsband  
..... Rhein-Main e.V.  
**DPWV** ... Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband  
**DGB** ..... Deutscher Gewerkschaftsbund

### E

**e.V.** ..... eingetragener Verein

### F

**FIBer** ..... Fraueninitiative für Bildung und Beratung

### G

**GMF** ..... Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

### H

**HU** ..... Humboldt-Universität zu Berlin

### I

**IA** ..... Integrationsagenturen  
**IGMG** ..... Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e.V.  
**IGS** ..... Islamische Gemeinschaft der  
..... schiitischen Gemeinden Deutschlands e.V.  
**IGDB** ..... Islamische Gemeinschaft  
..... der Bosniaken in Deutschland e.V.  
**IKUR** ..... Islamische Kultur Union der Roma e.V.  
**IRU** ..... Islamischer Religionsunterricht

### J

**JIK** ..... Junge Islam Konferenz

### K

**KRM** ... Koordinationsrat der Muslime in Deutschland  
**KI** ..... Kommunale Integrationszentren



# L

**LaKI** ..... Landesweite Koordinierungsstelle  
..... der Kommunalen Integrationszentren

**LIB** ..... Liberal-Islamischer Bund e.V.

# M

**MJD** ..... Muslimische Jugend in Deutschland

**MAIS** ..... Ministerium für Arbeit, Integration  
..... und Soziales

**MSO** ..... Migrantenselbstorganisation

# N

**NRW** ..... Nordrhein-Westfalen

**NSU** ..... Nationalsozialistischer Untergrund

# P

**Pegida** ..... Patriotische Europäer gegen die  
..... Islamisierung des Abendlandes

# R

**RAMSA** ..... Rat der Muslimischen Studierenden  
..... und Akademiker

# S

**SVR** ..... Sachverständigen Rat deutscher Stiftungen  
..... für Integration und Migration

# U

**UNHCR** ..... Hoher Flüchtlingskommissar der  
..... Vereinten Nationen

# V

**VIKZ** ..... Verband der Islamischen Kulturzentren e.V.

# W

**WZB** ..... Wissenschaftszentrum Berlin  
..... für Sozialforschung

# Z

**ZIT** ..... Zentrum für Islamische Theologie an  
..... der Universität Münster

**ZIF** ..... Zentrum für Islamische Frauenforschung

**ZMD** ..... Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V.

## QUELENNACHWEISE

### KAPITEL 1

**DECKER, OLIVER, JOHANNES KIESS, ELMAR BRÄHLER (HRSG.).** Die enthemmte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Die „Mitte-Studien“ der Universität Leipzig, Gießen: Psychosozial-Verlag, 2016.

**FOROUTAN, NAIKA, COSKUN CANAN, BENJAMIN SCHWARZE, STEFFEN BEIGANG, DORINA KALKUM.** Deutschland postmigrantisch II – Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Gesellschaft, Religion und Identität. Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin, 2015.

**GEHRS, OLIVER.** Neues Deutschland. Interview mit dem Migrationsforscher Jochen Oltmer. In fluter – Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung, Frühling 2016, Ausgabe 58, 7–10.

**ZICK, ANDREAS, MADLEN PREUSS.** Einstellungen zur Integration in der Bevölkerung. Kurzbericht zum Projekt ZuGleich – Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit. Essen: Stiftung Mercator, 2016.

### KAPITEL 2

**BEAUFTRAGTE DER BUNDESREGIERUNG FÜR AUSLÄNDERFRAGEN.** Dritter Lagebericht der Ausländerbeauftragten 1997. 1998.

**BERLIN.DE.** Islamischer Friedhof am Columbiadamm. <http://www.berlin.de/sehenswuerdigkeiten/3560303-3558930-islamischer-friedhof-am-columbiadamm.html> (Zugriff am 22. April 2016).

**BERTSCH, MATTHIAS.** Vor 100 Jahren: Die erste Moschee in Deutschland. 13. Juli 2015. [http://www.deutschlandfunk.de/vor-100-jahren-die-erste-moschee-in-deutschland.871.de.html?dram:article\\_id=325207](http://www.deutschlandfunk.de/vor-100-jahren-die-erste-moschee-in-deutschland.871.de.html?dram:article_id=325207) (Zugriff am 22. April 2016).

**BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE.** 476.649 Asylanträge im Jahr 2015. 6. Januar 2016. <http://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2016/201610106-asylgeschaeftsstatistik-dezember.html> (Zugriff am 13. Januar 2016).

**DETJEN, STEPHAN.** Die Geschichte eines Satzes. „Der Islam gehört zu Deutschland“. 14. Januar 2015. [http://www.deutschlandradiokultur.de/die-geschichte-eines-satzes-der-islam-gehört-zu-deutschland.1895.de.html?dram:article\\_id=308696](http://www.deutschlandradiokultur.de/die-geschichte-eines-satzes-der-islam-gehört-zu-deutschland.1895.de.html?dram:article_id=308696) (Zugriff am 29. April 2016).

**DEUTSCHE ISLAM KONFERENZ.** Geschichte der Muslime in Deutschland. 8. Dezember 2008. <http://www.deutsche-islam-konferenz.de/DIK/DE/Magazin/Lebenswelten/Geschichtslslam/geschichteislam-node.html> (Zugriff am 22. April 2016).

**FOROUTAN, NAIKA.** Muslimbilder in Deutschland: Wahrnehmungen und Ausgrenzungen in der Integrationsdebatte. Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. WISO-Diskurs, Bonn, 2012.

**GOETHE, JOHANN WOLFGANG VON.** West-östlicher Divan. Stuttgart: Cotta, 1819.

**HAUG, SONJA, STEPHANIE MÜSSIG, ANJA STICHS.** Muslimisches Leben in Deutschland. Im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Herausgeber: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg, 2009.

**HEINZMANN, RICHARD, PETER ANTES, MARTIN THURNER, MUALLA SELCUK, HALIS ALBAYRAK (HRSG.).** Lexikon des Dialogs. Grundbegriffe aus Christentum und Islam. Herausgeber: Richard Heinzmann. Bd. I. II Bde. Freiburg: Verlag Herder, 2013.

**KRÄMER, GUDRUN.** Geschichte des Islam. 4. Auflage 2015. München: dtv, 2005.

**LEMMEN, THOMAS.** Islamische Vereine und Verbände in Deutschland. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2002.

**MEDIENDIENST INTEGRATION.** Islam. <https://mediendienst-integration.de/weitere-rubriken/islam.html> (Zugriff am 29. April 2016).

- MÜNZ, RAINER, WOLFGANG SEIFERT, RALF ULRICH.** Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven. Frankfurt a.M.: Campus Verlag, 1999.
- REETZ, DIETRICH.** Islam in Europa: religiöses Leben heute. Ein Porträt ausgewählter islamischer Gruppen und Institutionen. Münster: Waxmann, 2010.
- SEIDENSTICKER, TILMAN.** Islamismus: Geschichte, Vordenker, Organisationen. 2. Auflage 2014. München: C.H. Beck, 2014.
- SÖKEFELD, MARTIN.** Aleviten in Deutschland. Identitätsprozesse einer Religionsgemeinschaft in der Diaspora. Bielefeld: transcript Verlag, 2008.
- SÖKEFELD, MARTIN.** Einleitung: Aleviten in Deutschland. Von takiye zur alevitischen Bewegung. In Aleviten in Deutschland. Identitätsprozesse einer Religionsgemeinschaft in der Diaspora, von Martin Sökefeld, Bielefeld: transcript Verlag, 2008, 7–36.
- SPIELHAUS, RIEM.** Vom Migranten zum Muslim und wieder zurück – Die Vermengung von Integrations- und Islamthemen in Medien, Politik und Forschung. In Islam und deutsche Gesellschaft, von Hendrik Meyer et. al. (Hrsg.), Wiesbaden: VS-Verlag, 2013, 169–194.
- SPIELHAUS, RIEM, ALEXA FÄRBER.** Islamisches Gemeindeleben in Berlin. Berlin: Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration, 2006.
- STATISTISCHES BUNDESAMT.** Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2014. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, 2015.
- UNHCR.** Jahresbericht Global Trends 2014. <http://www.unhcr.org/53a155bc6.html> (Zugriff am 13. Januar 2016).

### KAPITEL 3

- AKYÜN, HATICE, ALEXANDER SMOLTczyk.** Ausländerfeindlichkeit. Der Denkzettel. In Der Spiegel 22/2003, 26. Mai 2003, 72–75.
- BEGRICH, DAVID.** Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen. Urszenen rassistischer Gewalt in Ostdeutschland. In Generation Hoyerswerda: Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg, von Heike Kleffner und Anna Spangenberg, Berlin: be.bra, 2016, 32–44.
- BLICKLE, PAUL, KAI BIERMANN, ET. AL.** Gewalt gegen Flüchtlinge. Es brennt in Deutschland. 3. Dezember 2015. <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-11/rechtsextremismus-fluechtlingsunterkuenfte-gewalt-gegen-fluechtlinge-justiz-taeter-urteile> (Zugriff am 13. Januar 2016).
- BUNDESVERFASSUNGSGERICHT.** Ein pauschales Kopftuchverbot für Lehrkräfte in öffentlichen Schulen ist mit der Verfassung nicht vereinbar. 13. März 2015. <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2015/bvg15-014.html> (Zugriff am 2. Mai 2016).
- BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG.** Interaktive Grafik: Die Taten des NSU. 18. November 2013. <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/172933/interaktive-grafik-die-taten-des-nsu> (Zugriff am 25. April 2016).
- CASPARI, LISA.** BKA besorgt um Leib und Leben der Flüchtlinge. 28. April 2016. <http://www.zeit.de/gesellschaft/2016-04/rassismus-anschlaege-fluechtlingsheime-zunahme-bka> (Zugriff am 28. April 2016).
- DECKER, OLIVER, JOHANNES KIESS UND ELMAR BRÄHLER (HRSG.).** Die enthemmte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Die „Mitte-Studien“ der Universität Leipzig, Gießen: Psychosozial-Verlag, 2016.
- FOROUTAN, NAIKA, KORINNA SCHÄFER, COSKUN CANAN, BENJAMIN SCHWARZE.** Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand: ein empirischer Gegenentwurf zu Sarrazins Thesen zu Muslimen in Deutschland. Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin, 2011.
- HUBSCHMID, MARIS.** Der Junge, der das Feuer von Mölln überlebte. 20 Jahre Mordanschläge. 23. November 2012. <http://www.tagesspiegel.de/politik/20-jahre-mordanschlaege-der-junge-der-das-feuer-von-moelln-ueberlebte/7425888-all.html> (Zugriff am 25. April 2016).

**KARACUBAN, HASRET.** Muslimische Lebenswelten und antimuslimischer Rassismus. In salonfähig, trittsicher. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa, Herausgeber: IDA e.V., Düsseldorf, 2014, 37–43.

**KLEFFNER, HEIKE, ANDREAS FESER.** Der NSU-Untersuchungsausschuss. 18. November 2013. <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/172857/der-nsu-untersuchungsausschuss> (Zugriff am 25. April 2016).

**MDR SACHSEN.** Clausnitz: Fremdenfeindlicher Mob blockiert Flüchtlings-Bus. 19. Februar 2016. <http://www.mdr.de/sachsen/chemnitz/protest-gegen-fluechtlinge-in-clausnitz-100.html> (Zugriff am 25. April 2016).

**NEUE ZÜRCHER ZEITUNG.** Der Tag der Schande für Hoyerswerda. Wie eine sächsische Stadt gegen ihr Image ankämpft. 11. Februar 2005. <http://www.nzz.ch/articleA25CD-1.351246> (Zugriff am 25. April 2016).

**POLLMER, CORNELIUS.** Nach Clausnitz und Bautzen: „Es stimmt, Sachsen hat ein Problem mit Rechtsextremismus“. 29. Februar 2016. <http://www.sueddeutsche.de/politik/nach-clausnitz-und-bautzen-tillich-es-stimmt-sachsen-hat-ein-problem-mit-rechtsextremismus-1.2885510> (Zugriff am 25. April 2016).

**SCHUBERT, KLAUS, MARTINA KLEIN.** Das Politiklexikon. 6. Auflage, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn: Dietz, 2016.

**SHOOMAN, YASEMIN.** Was ist antimuslimischer Rassismus? In DDS, Zeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). DGB, Landesverband Bayern, April 2015, 8–9.

**SPIEGEL ONLINE.** Helmut Schmidt überholt: Sarrazin bricht Verkaufsrekord. 29. Oktober 2010. <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/helmut-schmidt-ueberholt-sarrazin-bricht-verkaufsrekord-a-726206.html> (Zugriff am 2. Mai 2016).

## KAPITEL 4

**ARZHEIMER, KAI.** Wer steht zur Wahl? Alternative für Deutschland (AfD). 17. Februar 2016. <http://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/rheinland-pfalz-2016/46067/afd> (Zugriff am 25. April 2016).

**BUNDESVERFASSUNGSGERICHT.** Ein pauschales Kopftuchverbot für Lehrkräfte in öffentlichen Schulen ist mit der Verfassung nicht vereinbar. 15. März 2015. <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2015/bvg15-014.html> (Zugriff am 2. Mai 2016).

**DECKER, FRANK.** AfD, Pegida und die Verschiebung der parteipolitischen Mitte. In Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 40/2015, 28. September 2015, 27–32.

**FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG.** Von Storch: „Islam nicht mit Grundgesetz vereinbar“. 17. April 2016. <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/von-storch-islam-nicht-mit-grundgesetz-vereinbar-14182472.html> (Zugriff am 25. April 2016).

**HÄUSLER, ALEXANDER.** Zwischen Neonazismus und Rechtspopulismus. Aktuelle rechte Erscheinungsformen. In salonfähig, trittsicher. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa, Herausgeber: IDA e.V., Düsseldorf, 2014, 15–23.

**MDR SACHSEN.** Weiterer Zulauf nach Attentaten in Paris. Pegida-Phänomen in Dresden: 25.000 Teilnehmer. 2015. [http://www.mdr.de/sachsen/pegida-nopegida-dresden-zwoelfter-januar100\\_zc-f1f179a7\\_zs-9f2fcd56.html](http://www.mdr.de/sachsen/pegida-nopegida-dresden-zwoelfter-januar100_zc-f1f179a7_zs-9f2fcd56.html) (Zugriff am 24. Juli 2015).

**MEDIENDIENST INTEGRATION.** Dossier: Kopftuch-Debatte. <https://mediendienst-integration.de/weitere-rubriken/kopftuch-debatte.html> (Zugriff am 2. Mai 2016).

**SACHVERSTÄNDIGEN RAT DEUTSCHER STIFTUNGEN FÜR INTEGRATION UND MIGRATION (SVR).** Viele Götter, ein Staat: Religiöse Vielfalt und Teilhabe im Einwanderungsland. Jahresgutachten 2016 mit Integrationsbarometer. Berlin: SVR, 2016.

**ZEIT ONLINE.** AfD will Flüchtlinge notfalls mit Waffengewalt stoppen. 30. Januar 2016. <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-01/frauke-petry-afd-grenzschutz-auf-fluechtlinge-schiessen> (Zugriff am 25. April 2016).

## KAPITEL 5

**ATATÜRK, FATİH.** Islam in Deutschland – Muslime dürfen ihre eigenen Friedhöfe betreiben. Bestattungsgesetz in NRW verabschiedet. 2. Juli 2014. <http://dtj-online.de/islam-in-deutschland-nrw-bestattungsgesetz-31555> (Zugriff am 6. Juni 2016).

**BEIRAT FÜR DEN ISLAMISCHEN RELIGIONSUNTERRICHT IN NRW.** Gesetz zur Einführung von islamischem Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach (7. Schulrechtsänderungsgesetz). 22. Dezember 2011. <http://www.iru-beirat-nrw.de/dokumente/IslamRU.pdf> (Zugriff am 6. Juni 2016).

**BERTELSMANN STIFTUNG.** Religionsmonitor: Sonderauswertung Islam 2015. Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick. Bertelsmann Stiftung, 2015.

**BEZIRKSREGIERUNG ARNSBERG.** Kommunale Integrationszentren, Landesweite Koordinierungsstelle. 2016. <http://www.kommunale-integrationszentren-nrw.de/kommunale-integrationszentren> (Zugriff am 6. Juni 2016).

**BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE.** Aktuelle Zahlen zu Asyl (04/2016). 11. Mai 2016. [https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-april-2016.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-april-2016.pdf?__blob=publicationFile) (Zugriff am 18. Juli 2016).

**CHBIB, RAIDA.** Die Vielfalt des organisierten Islam in NRW. In Die Vielfalt des organisierten Islam in Nordrhein-Westfalen. Die Verbände des dialog forum islam und weitere islamische Zusammen-schlüsse stellen sich vor, Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Juli 2015, 8–12.

**DEUTSCHER BUNDESTAG.** Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage, Drucksache 18/1442: Islamfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus. 4. Juni 2014. <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/016/1801627.pdf> (Zugriff am 6. Juni 2016).

**DER BUNDESWAHLEITER.** Bürgerbewegung PRO NRW. 13. August 2013. [https://www.bundeswahlleiter.de/de/parteien/downloads/parteien/Buergerbewegung\\_PRO\\_NRW.pdf](https://www.bundeswahlleiter.de/de/parteien/downloads/parteien/Buergerbewegung_PRO_NRW.pdf) (Zugriff am 6. Juni 2016).

**DIE LANDESREGIERUNG NORDRHEIN-WESTFALEN.** Vielfalts-Broschüre des „dialog forum islam“. 17. Juli 2015. <https://www.land.nrw.de/pressemitteilung/vielfalts-broschuere-des-dialog-forum-islam> (Zugriff am 6. Juni 2016).

**DIE LANDESWAHLEITERIN DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN.** Landtagswahlen 2012: Endgültiges Ergebnis. 2012. <http://alt.wahlergebnisse.nrw.de/landtagswahlen/2012/aktuell/dateien/a000lw1200.html> (Zugriff am 6. Juni 2016).

**HAUG, SONJA, STEPHANIE MÜSSIG, ANJA STICHS.** Muslimisches Leben in Deutschland. Im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, Herausgeber: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg, 2009.

**HÄUSLER, ALEXANDER.** Einleitung. In Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, von Alexander Häusler (Hrsg.), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008, 11–16.

**HILD, PETER.** Aussteiger warnt vor Düsseldorfer Bürgerwehr: „Ihr bringt euch selbst in Gefahr.“ 25. Januar 2016. <http://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/aussteiger-warnt-vor-duesseldorfer-buergerwehr100.html> (Zugriff am 6. Juni 2016).

**INNENMINISTERIUM DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN.** Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2004. Verfassungsschutzbericht, Düsseldorf: Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen Abteilung Verfassungsschutz, 31. Januar 2005.

**IT. NRW.** Fast jeder vierte Einwohner in NRW hatte 2014 einen Migrationshintergrund. 17. Dezember 2015. [https://www.it.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2015/pres\\_324\\_15.html](https://www.it.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2015/pres_324_15.html) (Zugriff am 6. Juni 2016).

**JELPKE, ULLA, MDB.** Anschlagsziel Moschee. 14. März 2016. [http://www.dielinke-nrw.de/nc/politik/presse/pressestelle/pressemitteilungen\\_der\\_linken\\_nrw/detail\\_archiv\\_nrw/artikel/anschlagsziel-moschee/](http://www.dielinke-nrw.de/nc/politik/presse/pressestelle/pressemitteilungen_der_linken_nrw/detail_archiv_nrw/artikel/anschlagsziel-moschee/) (Zugriff am 6. Juni 2016).

**LAG GRÜNE MUSLIMINNEN.** Gleichstellung islamischer Religionsgemeinschaften in NRW. AK Grüne MuslimInnen. 14. Dezember 2016. [http://www.gruene-muslim.de/Gleichstellung\\_islamischer\\_Religionsgemeinschaften\\_in\\_NRW.pdf](http://www.gruene-muslim.de/Gleichstellung_islamischer_Religionsgemeinschaften_in_NRW.pdf) (Zugriff am 6. Juni 2016).

**LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN.** Gesetzentwurf der Landesregierung 15/2944. Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung anderer gesetzlicher Vorschriften. 5. Oktober 2011. [http://gruene-fraktion-nrw.de/fileadmin/user\\_upload/ltf/Drucksachen/Gesetzentwuerfe/15.\\_WP/MMD15-2944.pdf](http://gruene-fraktion-nrw.de/fileadmin/user_upload/ltf/Drucksachen/Gesetzentwuerfe/15._WP/MMD15-2944.pdf) (Zugriff am 6. Juni 2016).

**LAURENZ, FELIX.** Nur ein Strohofer? Bürgerwehren in NRW geht die Luft aus. 24. Februar 2016. <http://www.derwesten.de/region/nur-ein-strohfeuer-buergerwehren-in-nrw-geht-die-luft-aus-id11590910.html> (Zugriff am 6. Juni 2016).

**MIGAZIN.** Islamvertreter: Deutlich mehr Anschläge auf Moscheen. 22. Januar 2016. <http://www.migazin.de/2016/01/22/islamvertreter-deutlich-mehr-anschlaege-auf-moscheen/> (Zugriff am 6. Juni 2016).

**MIGAZIN.** Nur 2,5 Prozent der muslimischen Schüler besuchen islamischen Religionsunterricht. 29. Mai 2015. <http://www.migazin.de/2015/05/29/nur-25-prozent-der-muslimischen-schueler-besuchen-islamischen-religionsunterricht/> (Zugriff am 6. Juni 2016).

**MINISTERIUM FÜR ARBEIT, INTEGRATION UND SOZIALES DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN.** Muslimisches Leben in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf: Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, 2010.

**MINISTERIUM FÜR ARBEIT, INTEGRATION UND SOZIALES DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN.** Zuwanderungsgruppen. 2016. <https://www.mais.nrw/zuwanderungsgruppen> (Zugriff am 6. Juni 2016).

**MINISTERIUM FÜR ARBEIT, INTEGRATION UND SOZIALES DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN.** Landeskoordinierungsstelle der Kommunalen Integrationszentren NRW. 2016. <https://www.mais.nrw/landeskoordinierungsstelle> (Zugriff am 6. Juni 2016).

**QUALITÄTS- UND UNTERSTÜTZUNGSAGENTUR UND LANDESINSTITUT FÜR SCHULE.** Kernlernplan für die Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen. Alevitischer Religionsunterricht. Schulentwicklung NRW. 2012. [http://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/upload/klp\\_SI/SI\\_KLP\\_Alevitische\\_Religionslehre.pdf](http://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/upload/klp_SI/SI_KLP_Alevitische_Religionslehre.pdf) (Zugriff am 6. Juni 2016).

**RP ONLINE.** Bürgerwehr belastet Polizei zusätzlich. 10. Januar 2016. <http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/duesseldorf-buergerwehr-belastet-polizei-zusaetzlich-aid-1.5681016> (Zugriff am 6. Juni 2016).

**RP ONLINE.** Die Zahl der Bürgerwehren steigt an. 11. Januar 2016. <http://www.rp-online.de/nrw/panorama/nrw-die-zahl-der-buergerwehren-steigt-rapide-aid-1.5682969> (Zugriff am 6. Juni 2016).

**STATISTISCHES BUNDESAMT.** Bevölkerung Deutschlands nach Migrationshintergrund, Bundesländern und Gemeindegröße. 9. Mai 2011. [https://www.destatis.de/DE/Methoden/Zensus/\\_Tabellen/MHG\\_1\\_LaenderGemeinden.html](https://www.destatis.de/DE/Methoden/Zensus/_Tabellen/MHG_1_LaenderGemeinden.html) (Zugriff am 6. Juni 2016).

**STOLDT, TILL-R.** „Den Islam muss man ernst nehmen“. Interview mit Integrationsminister Guntram Schneider. 3. März 2015. <http://www.welt.de/regionales/nrw/article140353526/Den-Islam-muss-man-ernst-nehmen.html> (Zugriff am 6. Juni 2016).

**WESTFÄLISCHE WILHELMS-UNIVERSITÄT MÜNSTER.** Statut für das Centrum für Religiöse Studien. Universität Münster. 1. Oktober 2012. [https://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/zit/crs\\_zit\\_statut.pdf](https://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/zit/crs_zit_statut.pdf) (Zugriff am 6. Juni 2016).

**WESTFÄLISCHE WILHELMS-UNIVERSITÄT MÜNSTER.** Zentrum für Islamische Studien. 2015. <https://www.uni-muenster.de/ZIT/ZIT2015/index.html> (Zugriff am 6. Juni 2016).

## **WEITERFÜHRENDES MATERIAL & LINKS**

### **LINKS**

**ARBEITSGEMEINSCHAFT OFFENE TÜREN NRW E.V.**

<http://www.agot-nrw.de/> (20.07.2016)

**ANTI-RASSISMUS INFORMATIONS-CENTRUM, ARIC-NRW E. V.**

<http://www.aric-nrw.de/> (20.07.2016)

**BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG BPB** zum Thema Muslime

<http://www.wasglaubstdudenn.de/spuren/143273/>

[was-ist-der-unterschied-zwischen-islam-und-islamismus](http://www.wasglaubstdudenn.de/spuren/143273/was-ist-der-unterschied-zwischen-islam-und-islamismus) (11.07.2016)

**BUND DER ALEVITISCHEN JUGENDLICHEN IN DEUTSCHLAND E. V.**

<http://bdaj.de/category/s11-nrw/> (20.07.2016)

**BUND DER MUSLIMISCHEN JUGEND**

<http://ditib-jugend.de/> (20.07.2016)

**BUND MOSLEMISCHER PFADFINDER UND PFADFINDERINNEN DEUTSCHLANDS (BMPPD)**

<http://www.moslemische-pfadfinder.de/> (20.07.2016)

**DATTELTÄTER**

[https://www.youtube.com/channel/UCF\\_oOFgq8qwi7HRGTJSsZ-g](https://www.youtube.com/channel/UCF_oOFgq8qwi7HRGTJSsZ-g) (20.07.2016)

**DESTATIS – Statistisches Bundesamt**

<https://www.destatis.de/DE/Startseite.html> (20.07.2016)

**DEMOKRATIE LEBEN. AKTIV GEGEN RECHTSEXTREMISMUS, GEWALT UND MENSCHENFEINDLICHKEIT**

<https://www.demokratie-leben.de/> (20.07.2016)

**DEMOKRATISCH HANDELN E. V.**

<http://www.demokratisch-handeln.de/> (20.07.2016)

**DGB-JUGEND NRW**

<http://nrw-jugend.dgb.de/> (20.07.2016)

**DIALOG MACHT SCHULE. BILDUNG. PARTIZIPATION. FÜR ALLE**

<http://www.dialogmachtschule.de/> (20.07.2016)

**DIE BUNDESREGIERUNG: DEUTSCHLAND KANN DAS. INTEGRATION, DIE ALLEN HILFT**

<http://www.bamf.de/DE/DasBAMF/Aufgaben/GeschaefsstelleDIK/geschaefsstelledik-node.html> (20.07.2016)

**FORSCHUNGSGRUPPE JUNITED: JUNGE ISLAMBEZOGENE THEMEN IN DEUTSCHLAND**

<https://www.projekte.hu-berlin.de/de/junited> (20.07.2016)

**FRAG EIN KLISCHEE**

[https://www.youtube.com/playlist?list=PL6jkPzOgV\\_20rrVi0pLG7hQJZTybgXkn4](https://www.youtube.com/playlist?list=PL6jkPzOgV_20rrVi0pLG7hQJZTybgXkn4) (20.07.2016)

**GESICHT ZEIGEN! FÜR EIN WELTOFFENES DEUTSCHLAND E. V.**

<http://www.gesichtzeigen.de/>

**IBRAHIM TRIFFT ABRAHAM**

<http://ibrahim-trifft-abraham.de/> (20.07.2016)

**IDA INFORMATIONS- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM  
FÜR ANTIRASSISMUSARBEIT IN NORDRHEIN-WESTFALEN**

<http://www.ida-nrw.de/> (20.07.2016)

**ISLAMIQ**

<http://www.islamiq.de/> (20.07.2016)

**I-SLAM**

<http://www.i-slam.de/index.php/de/> (20.07.2016)

**JUGENDLICHE OHNE GRENZEN (JOG)**

<http://jogspace.net/> (20.07.2016)

**JUGENDMIGRATIONSDIENSTE**

[http://www.jmd-portal.de/\\_template.php?1=1](http://www.jmd-portal.de/_template.php?1=1) (20.07.2016)

**KIGA. POLITISCHE BILDUNG FÜR DIE MIGRATIONSGESELLSCHAFT**

<http://kiga-berlin.org/>

**KINDER- UND JUGENDRAT NRW**

<http://www.kijurat-nrw.de/> (20.07.2016)

**KOMMUNALE INTEGRATIONSZENTREN. LANDESWEITE KOORDINIERUNGSTELLE (LAKI)**

<http://www.kommunale-integrationszentren-nrw.de/> (20.07.2016)

**KULTURAGENTEN FÜR KREATIVE SCHULEN**

<http://www.kulturagenten-programm.de/startseite/aktuelles/> (20.07.2016)

**LANDESJUGENRING NRW E. V.**

<http://www.ljr-nrw.de/> (20.07.2016)

**LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG NORDRHEIN-WESTFALEN**

<https://www.politische-bildung.nrw.de/> (20.07.2016)

**LWL – SERVICESTELLE FÜR KINDER- UND JUGENDBETEILIGUNG IN NRW**

<http://www.jugendbeteiligung-in-nrw.de/home/> (20.07.2016)

**MEDIENDIENST INTEGRATION**

<https://mediendienst-integration.de/>

**MEDIENPROJEKT WUPPERTAL**

<http://www.medienprojekt-wuppertal.de/> (20.07.2016)

**MIGAZIN. DAS FACHMAGAZIN FÜR MIGRATION UND INTEGRATION IN DEUTSCHLAND**

<http://www.migazin.de/> (20.07.2016)

**MIMIKAMA. VEREIN ZUR AUFKLÄRUNG ÜBER INTERNETMISSBRAUCH**

<http://www.mimikama.at/> (20.07.2016)

**NETZWERK FÜR DEMOKRATIE UND COURAGE E. V.**

<https://www.netzwerk-courage.de/> (20.07.2016)

**NO HATE SPEECH MOVEMENT**

<https://www.facebook.com/nohatespeechdeutschland/> (20.07.2016)

**PARITÄTISCHES JUGENDWERK NRW**

<http://www.pjw-nrw.de/content/> (20.07.2016)

**QUANTARA. DIALOG MIT DER ISLAMISCHEN WELT**

<http://de.qantara.de/> (20.07.2016)

**QUEER MUSLIM**

<http://queermuslimproject.tumblr.com/>

**RAMSA – RAT MUSLIMISCHER STUDIERENDER UND AKADEMIKER**

<http://www.ramsa-deutschland.org/> (20.07.2016)

**#SCHAUHIN**

<http://schauhin.tumblr.com/> (20.07.2016)

**SCHULE OHNE RASSISMUS – SCHULE MIT COURAGE**

<http://www.schule-ohne-rassismus.org/startseite/> (20.07.2016)

**TAG GEGEN ANTIMUSLIMISCHEN RASSISMUS**

<http://www.tgamr.de/> (20.07.2016)

**UFUQ E. V.**

<http://www.ufuq.de/> (20.07.2016)

**ZENTRUM FÜR ISLAMISCHE THEOLOGIE MÜNSTER**

<https://www.uni-muenster.de/ZIT/> (20.07.2016)

**ZUKUNFT LERNEN NRW. BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG**

<http://www.zukunft-lernen-nrw.de/> (20.07.2016)



## LITERATURTIPPS

AKADEMIE DER WELTRELIGIONEN DER UNIVERSITÄT HAMBURG / PÄDAGOGISCH-THEOLOGISCHES INSTITUT DER NORDKIRCHE / LANDESINSTITUT FÜR LEHRERBILDUNG UND SCHULENTWICKLUNG HAMBURG (HG.) Interreligiös-dialogisches Lernen. Unterrichtsmaterialien für Grundschule und Sekundarstufe I Verlagsgruppe Randomhouse, 2014

**SAID, BEHNAM T. / FOUAD, HAZIM**

Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam

Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe (Bd. 1454), Juli 2014

**CANAN, COŞKUN / FOROUTAN, NAIKA**

Deutschland postmigrantisch III. Migrantische Perspektiven auf deutsche Identitäten

Humboldt-Universität zu Berlin, 2016

**EL MASRAR, SINEB**

Muslim Girls. Wer sie sind, wie sie leben.

Herder, 2015

**SPIELHAUS, RIEM**

Wer ist hier Muslim? Die Entwicklung eines islamischen Bewusstseins in Deutschland zwischen Selbstidentifikation und Fremdzuschreibung

Ergon, 2011

**STEINBERG, GUIDO**

Wer sind die Salafisten?

Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell, Ausgabe 28, 2012

**KERMANI, NAVID**

Wer ist Wir? Deutschland und seine Muslime

C.H. Beck, 2016

**SEIDENSTICKER, TILMAN**

Islamismus. Geschichte, Vordenker, Organisationen

Reihe C.H. Beck Wissen, 2014

**TREIBEL, ANNETTE**

Integriert Euch! Plädoyer für ein selbstbewusstes Einwanderungsland

Campus 2015

## **IMPRESSUM**

### **HERAUSGEBER**

forum k&b gmbh  
Junge Islam Konferenz – Deutschland (JIK)  
Am Festungsgraben 1, 10117 Berlin

Telefon: +49 (0)30 28 87 45 67-7

Fax: +49 (0)30 28 87 45 67-9

[www.j-i-k.de](http://www.j-i-k.de)

[www.facebook.com/junge.islamkonferenz](https://www.facebook.com/junge.islamkonferenz)

### **VERANTWORTLICH**

Nina Prasch / Rima Hanano

### **REDAKTION**

Bettina Frevert / Munise Oguzay / Rima Hanano

### **GESTALTUNG**

Carolin Oelsner

[www.carolin-oelsner.de](http://www.carolin-oelsner.de)

### **DRUCK**

Druckerei Lokay e.K. | 64354 Reinheim

Diese Publikation wurde klimaneutral auf 100 % Recyclingpapier,  
ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Blauer Engel“, gedruckt.

### **BILDNACHWEIS**

knallgrün/photocase.de (Titel), boing/photocase.de (4/5), ben./photocase.de (8/9),  
Junge Islam Konferenz (12), Junge Islam Konferenz (13), picture alliance/dpa (14/15),  
Junge Islam Konferenz (16/17), birdys/photocase.de (25), elPadawan / CC BY-SA 2.0 (26),  
katha\*rina/photocase.de (28/29), ahoh/photocase.de (33), kallejipp/photocase.de (34),  
Pranav Bhatt/CC BY-NC 2.0 (36/37), Caruso Pinguin/CC BY-NC 2.0 (38/39), Caruso  
Pinguin/CC BY-NC 2.0 (41), rowan/photocase.de (42/43), iStockphoto.com/ollo (44),  
Junge Islam Konferenz (46/47), Richard King/CC BY 2.0 (51), Francesca Schellhaas/  
photocase.de (54), Patty 1971/photocase.de (56), knallgrün/photocase.de (59), .marqs/  
photocase.de (63)

Unser ganz besonderer Dank gilt den abgebildeten Teilnehmenden der  
Jungen Islam Konferenz, denen ihr beim Durchblättern der Publikation begegnet.



STIFTUNG  
MERCATOR



Ministerium für Arbeit,  
Integration und Soziales  
des Landes Nordrhein-Westfalen



Die Junge Islam Konferenz – Nordrhein-Westfalen ist ein Projekt des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, des Projektträgers Aktion Gemeinwesen und Beratung, der forum k&b gmbh und der Humboldt-Universität zu Berlin, gefördert durch die Stiftung Mercator.